



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

Rechtspflege

2
66/ME

GZ. 18.009/37-I 7/84

An das
Präsidium des
Nationalrats

Parlament
W i e n

Dr. Bauer

Gesetzentwurf	
Zl.	25-GE/1984
Datum	3 U. April 1984
Verteilt	1984-05-02 <i>Frassner</i>

Museumstraße 7
A-1070 Wien

Briefanschrift
A-1016 Wien, Postfach 63

Telefon
0222/9622-0*

Fernschreiber
13/1264

Sachbearbeiter MR Dr. Tschugguel

Klappe 125 (Dw)

Betrifft: Entwurf eines Gerichts- und
Justizverwaltungsgebührengesetzes 1985.

Mit Beziehung auf die Entschließung des Nationalrates beehrt sich das Bundesministerium für Justiz, je 25 Ausfertigungen des im Gegenstand genannten Gesetzesentwurfs und der Erläuterungen dazu mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme zu übersenden. Die im Rahmen des Begutachtungsverfahrens befaßten Stellen werden um allfällige Stellungnahmen spätestens zum 15. Juni 1984 ersucht.

19. April 1984

Für den Bundesminister:

L o e w e

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Loewe

V O R B L A T T

Problem:

Die derzeitige Regelung, wonach in Zivilprozessen und Exekutionsverfahren jeder Schriftsatz der Parteien und jede Verhandlung einzeln vergibt werden muß, verursacht einen nicht mehr zu rechtfertigenden Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten.

Ziel:

Vereinfachung der Gebührenberechnung sowie Verminderung des mit der Vorschreibung und Einbringung der Gerichtsgebühren verbundenen Arbeitsaufwandes.

Inhalt:

Neueinführung eines Pauschalgebührensystms für das zivilgerichtliche Verfahren und das Exekutionsverfahren, Normierung einer Vorauszahlungspflicht des Klägers und des betreibenden Gläubigers in diesen Verfahren sowie generelle Beseitigung der Protokollgebühren.

Alternativen:

Weiterbestehen des derzeitigen Zustandes (Einzelverrechnung).

Kosten:

Das im vorliegenden Gesetzesentwurf vorgesehene Pauschalgebührensystm soll gegenüber der bisherigen Rechtslage aufkommensneutral sein; im übrigen sind durch die Vereinfachung der Gebührenberechnung und die Einführung einer Vorauszahlungspflicht Personaleinsparungen zu erwarten.

- 2 -

B u n d e s g e s e t z v o m .
BGBI. Nr. . über die
Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren (GJGebG 1985)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

A. Allgemeine Bestimmungen

I. Gegenstand der Gebühr und Entstehung der Gebührenpflicht

Gegenstand der Gebühr

§ 1. Den Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren im Sinne dieses Bundesgesetzes unterliegt die Inanspruchnahme der Tätigkeit der Gerichte und Justizverwaltungsbehörden Sinschließlich der an diese gerichteten Eingaben nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen und des angeschlossenen, einen Bestandteil dieses Bundesgesetzes bildenden Tarifs.

0267C

Entstehung der Gebührenpflicht

§ 2. Der Anspruch des Bundes auf die Gebühr wird, soweit im folgenden nichts anderes bestimmt wird, begründet:

1. hinsichtlich der Pauschalgebühren

a) für das zivilgerichtliche Verfahren erster Instanz mit der Überreichung der Klage oder des in der Anmerkung 1 zur Tarifpost 1 angeführten Antrages, bei Protokollanträgen mit dem Beginn der Niederschrift, bei prätorischen Vergleichen mit der Beurkundung durch den Richter;

b) für das zivilgerichtliche Verfahren, wenn das Klagebegehren erweitert wird, mit dem Zeitpunkt der Überreichung des Schriftsatzes; wird das Klagebegehren erweitert, ohne daß vorher die Klagserweiterung mit einem Schriftsatz dem Gericht mitgeteilt worden ist, so entsteht eine allfällige zusätzliche Pauschalgebühr mit dem Beginn der Protokollierung;

c) für das zivilgerichtliche Verfahren zweiter und dritter Instanz mit der Überreichung der Rechtsmittelschrift;

d) für das Verfahren zur Erlassung einstweiliger Verfügungen außerhalb eines Zivilprozesses mit der Überreichung des Antrages, bei Protokollanträgen mit dem Beginn der Niederschrift;

- 4 -

e) für das Exekutionsverfahren mit der Überreichung des Exekutionsantrages, bei Protokollaranträgen mit dem Beginn der Niederschrift;

f) für das Konkurs- und Ausgleichsverfahren

aa) für den Konkurs mit dessen Eröffnung;

bb) für das Ausgleichsverfahren mit der gerichtlichen Bestätigung des Ausgleiches;

g) für das Verlassenschaftsverfahren mit dem Zeitpunkt der Abgabe der Einantwortungsurkunde an die Geschäftsstelle zur Ausfertigung;

h) für die in der Tarifpost 12 lit. a bis c angeführten außerstreitigen Verfahren mit der Überreichung der ersten Eingabe, bei Protokollaranträgen mit dem Beginn der Niederschrift;

i) für die in Tarifpost 12 lit. d angeführten außerstreitigen Verfahren mit deren Beendigung;

2. bei Eingabengebühren mit der Überreichung der Eingabe, bei Protokollaranträgen mit dem Beginn der Niederschrift;

3. bei Gebühren für Entscheidungen über den Anspruch auf Unterhalt mit der Zustellung der Entscheidung an den Unterhaltsschuldner; die Gebührenpflicht ist nicht davon abhängig, daß die Entscheidung in Rechtskraft erwächst;

4. hinsichtlich der Gebühren für die Eintragung in die öffentlichen Bücher oder Register mit der Vornahme der Eintragung;

0267C

- 5 -

5. hinsichtlich der Gebühren für die gerichtliche Hinterlegung von Urkunden (§§ 434 bis 437, 451 Abs. 2 ABGB), die pfandweise Beschreibung (§§ 90 bis 95 EO) sowie die Einreichung der Protokollsabschrift über den Zuschlag (§ 183 EO) mit der Bewilligung;

6. hinsichtlich der Pauschalgebühren, die in Tarifpost 14 Z. 1 und 2 angeführt sind, mit der Abgabe der Erledigung des Antrages an die Geschäftsstelle zur Ausfertigung;

7. bei Abschriften (Duplikaten, Abschriften aus der Urkundensammlung oder aus den Registerakten), Amtsbestätigungen (Zeugnissen) sowie Grundbuchs- und Registerauszügen mit deren Bestellung (Veranlassung);

8. bei allen sonstigen Amtshandlungen und Verfahren mit deren Beginn.

Eingaben

§ 3. (1) In zivilgerichtlichen Verfahren und Exekutionsverfahren ist die Pauschalgebühr nur einmal zu entrichten, gleichgültig, ob die Klage (der Exekutionsantrag) mehrere Anträge enthält oder ob sich die Eingabe auf mehrere Personen bezieht. Das gleiche gilt für alle anderen Eingaben und Schriften, sofern in der Folge nicht etwas anderes bestimmt ist.

0267C

- 6 -

(2) Wird eine gebührenpflichtige Klage oder ein Antrag der Partei zur Verbesserung zurückgestellt und neuerlich überreicht, so ist hierfür keine weitere Gebühr zu entrichten.

(3) Die im Tarif "für jede Seite" festgesetzte Gebühr ist im vollen Betrag zu bezahlen, auch wenn die Seite nur teilweise beschrieben ist. Unbeschriebene Seiten sind bei der Berechnung der Gebühr nicht zu berücksichtigen.

II. Art der Gebührenentrichtung

§ 4. (1) Gebühren sind entweder feste Gebühren oder Hundert (Tausend)satzgebühren; als feste Gebühren sind auch die mit einem bestimmten Betrag festgesetzten Pauschalgebühren anzusehen.

(2) Besteht eine Vorauszahlungspflicht (§ 6) oder wird der Anspruch des Bundes auf die Gebühren mit der Überreichung der Eingabe (§ 2 Z. 1 lit. d, e, h, Z. 2) begründet, so können die Gebühren durch Verwendung von Gerichtskostenmarken, Freistempelabdrucke oder durch Überweisung auf das Postscheck(Sonder)konto des für das Verfahren zuständigen Gerichtes oder durch Bareinzahlung beim Rechnungsführer (Kasse) dieses Gerichtes entrichtet werden. Soweit nicht Gerichtskostenmarken oder

0267C

- 7 -

Freistempelabdrucke verwendet werden, ist in diesen Fällen die Entrichtung der Gebühren durch Befestigung des urschriftlichen Zahlungsbeleges auf dem Schriftsatz nachzuweisen. Auf dem Zahlungsbeleg sind der Vermerk "Gerichtsgebühren" anzubringen und die am Verfahren beteiligten Parteien genau zu bezeichnen. Für jede Sache ist die Vorlage eines gesonderten Einzahlungsbeleges erforderlich.

(3) Die festen Gebühren, die in den Tarifposten 9 lit. c (Grundbuchsauszüge), 10 IV (Registerauszüge), 11 (Beglaubigungen und Beurkundungen), 14 Z. 3 bis 6 (Justizverwaltungsgebühren), 15 (Abschriften und Amtsbestätigungen) und die in § 29 Abs. 1 GUG (Abschriftgebühr) angeführt sind, sind durch Verwendung von Gerichtskostenmarken zu entrichten.

(4) In den Fällen, in denen die Absätze 2 und 3 nicht anzuwenden sind, können die Gebühren durch Verwendung von Gerichtskostenmarken, Freistempelabdrucke oder durch Überweisung auf das Postscheckkonto des für das Verfahren zuständigen Gerichtes oder durch Bareinzahlung beim Rechnungsführer (Kasse) dieses Gerichtes entrichtet werden; die Entrichtung der Gebühr durch Überweisung oder Bareinzahlung ist aber nur unter Anführung des Aktenzeichens zulässig.

0267C

- 8 -

(5) Der Kostenbeamte oder der Leiter der Geschäftsabteilung hat zu prüfen, ob die Gebühren oder Ausfertigungskosten vollständig beigebracht worden sind; er hat das Ergebnis der Prüfung in Form eines Vermerkes mit seiner Unterschrift im Gerichtsakt festzuhalten.

Gerichtskostenmarken und Freistempelabdrucke

§ 5. Gerichtskostenmarken sind Bundesstempelmarken mit dem Aufdruck "Justiz". Die Gerichtskostenmarken dürfen durch Freistempelabdrucke ersetzt werden. Der Bundesminister für Justiz hat auf Antrag die Verwendung einer Freistempelmaschine (eines Freistempelabdruckes) zur Entrichtung von Gerichtsgebühren und Ausfertigungskosten zu genehmigen, wenn der Antragsteller glaubhaft macht, daß hierfür nach Art und Umfang seiner Gebührenpflicht ein Bedarf gegeben ist und die Gewähr dafür besteht, daß er die für die Verwendung von Freistempelmaschinen (Abdrucken) festgesetzten Bedingungen einhält. Die erteilte Genehmigung ist zu widerrufen, wenn die für die Genehmigung maßgebenden Voraussetzungen wegfallen, wenn der Berechtigte die für die Verwendung von Freistempelmaschinen festgesetzten Bedingungen nicht einhält oder wenn der begründete Verdacht besteht, daß er

0267C

- 9 -

Gebühren hinterzogen oder die Freistempelmaschine anderen Personen zur Verwendung überlassen hat. Der Bundesminister für Justiz hat nach den Grundsätzen einer einfachen und sparsamen Verwaltung und Einbringung der Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren durch Verordnung zu regeln:

1. die näheren Bestimmungen über die Gerichtskostenmarken, insbesondere ihre Herstellung, Ausgabe, Einziehung, Neuauflage, Verwendung und den Umtausch, wobei für den Umtausch unbrauchbarer Gerichtskostenmarken ein Abzug von 20 v.H. des Wertes vorzuschreiben ist;

2. die näheren Bestimmungen über die Genehmigung und den Widerruf des Betriebes einer Freistempelmaschine, über die Art der Freistempelmaschinen und deren Abdrucke, über die Überprüfung des Betriebes, über die Anbringung der Freistempelabdrucke sowie über die Verrechnung der Abdrucke durch den Erlag von Kostenvorschüssen.

III. Vorauszahlungspflicht

Vorauszahlung der Pauschalgebühr im zivilgerichtlichen Verfahren und Exekutionsverfahren

§ 6. (1) In zivilgerichtlichen Verfahren sind, soweit nicht § 9 anderes bestimmt, die Klage, der Zahlungsbefehl

0267C

- 10 -

sowie die anderen in der Anmerkung 1 zur Tarifpost 1 angeführten Anträge erst nach Entrichtung der Pauschalgebühr und der Ausfertigungskosten zuzustellen; ein prätorischer Vergleich ist erst dann vom Richter zu beurkunden, wenn die Pauschalgebühr nach Tarifpost 1 hierfür beigebracht wird. Wenn infolge Erweiterung des Klagebegehrens eine zusätzliche Pauschalgebühr entsteht, so ist vor deren Entrichtung die Klagserweiterung nicht rechtswirksam; die im Zeitpunkt der Erweiterung begonnene Tagsatzung ist aber jedenfalls fortzusetzen.

(2) Ist die Klage mit einem Antrag auf Erlassung einer einstweiligen Verfügung verbunden worden, so ist die Klage zwar dem Beklagten zuzustellen, sie ist aber vom Richter im übrigen solange nicht zu behandeln, bis die Pauschalgebühren nach Tarifpost 1 sowie die Ausfertigungskosten vollständig entrichtet worden sind; in diesen Fällen ist der Beklagte bei Zustellung der Klage sowie des Antrages auf Erlassung einer einstweiligen Verfügung aufmerksam zu machen, daß der Kläger seiner Pflicht zur Entrichtung der Gerichtsgebühren und Ausfertigungskosten nicht oder nicht vollständig nachgekommen ist und daß deshalb die Klage zunächst nicht weiter behandelt wird. Gleichzeitig ist der Beklagte darauf hinzuweisen, daß er durch die Entrichtung der fehlenden Gerichtsgebühren und Ausfertigungskosten die Fortsetzung des durch Klage eingeleiteten Verfahrens erwirken kann.

0267C

- 11 -

(3) Über die in Tarifpost 4 lit.a angeführten Exekutionsanträge ist, soweit nicht § 9 anderes bestimmt, erst nach Zahlung der Pauschalgebühr und der Ausfertigungskosten zu entscheiden.

Prüfung der beigebrachten Pauschalgebühren

§ 7. (1) In den Fällen, in denen eine Pflicht zur Vorauszahlung der Pauschalgebühren und Ausfertigungskosten gemäß § 6 besteht, hat der Kostenbeamte oder der Leiter der Geschäftsabteilung vor Vorlage des Schriftsatzes an den Richter (Rechtspfleger) zu prüfen, ob die Pauschalgebühren und Ausfertigungskosten vollständig beigebracht worden sind und gegebenenfalls, ob die Voraussetzungen einer in Anspruch genommenen Gebührenbefreiung vorliegen. Der Kostenbeamte (Leiter der Geschäftsabteilung) hat das Ergebnis der Prüfung in Form eines Vermerkes mit seiner Unterschrift auf dem überreichten Schriftsatz festzuhalten.

(2) Protokollaranträge sind nach ihrer Unterfertigung unverzüglich dem Kostenbeamten (Leiter der Geschäftsabteilung) zu übergeben. Im übrigen gilt Abs.1 sinngemäß.

0267C

- 12 -

Zahlungserinnerung

§ 8. (1) Sind im Fall der Einbringung einer Klage oder eines anderen der in der Anmerkung 1 zur Tarifpost 1 angeführten Antrages oder eines in Tarifpost 4 lit.a genannten Exekutionsantrages die Pauschalgebühren oder Ausfertigungskosten nicht oder nicht vollständig entrichtet worden, so hat der Kostenbeamte oder der Leiter der Geschäftsabteilung des Gerichtes den Antragsteller unter Anführung des Aktenzeichens der Gerichtssache schriftlich zu erinnern, die fehlenden Gebühren (Ausfertigungskosten) zu entrichten; diese Zahlungserinnerung ist nachweislich dem Antragsteller zuzustellen.

(2) Werden Pauschalgebühren und Ausfertigungskosten auf Grund einer Zahlungserinnerung entrichtet, so hat der Kostenbeamte oder der Leiter der Geschäftsabteilung zu prüfen, ob die Pauschalgebühren oder Ausfertigungskosten vollständig beigebracht worden sind; er hat das Ergebnis der Prüfung in Form eines Vermerkes mit seiner Unterschrift im Gerichtsakt festzuhalten.

0267C

Ausnahmen von der Vorauszahlungspflicht

§ 9. Die §§ 6 und 8 gelten nicht,

1. für Anträge auf Gewährung der Verfahrenshilfe und in weiterer Folge soweit dem Antragsteller (Kläger, betreibender Gläubiger) die Verfahrenshilfe bewilligt worden ist,

2. wenn dem Antragsteller (Kläger, betreibenden Gläubiger) Gebührenbefreiung zusteht oder

3. in den Verfahren zur Erlassung einstweiliger Verfügungen außerhalb eines Zivilprozesses.

Beschwerde gegen eine Zahlungserinnerung

§ 10. (1) Gegen eine schriftliche Zahlungserinnerung kann innerhalb von vierzehn Tagen ab Zustellung Beschwerde erhoben werden. Diese Beschwerde ist beim Kostenbeamten oder Leiter der Geschäftsabteilung jenes Gerichtes erster Instanz einzubringen, bei dem das Verfahren anhängig ist. Der Beschwerde kommt keine aufschiebende Wirkung zu.

- 14 -

(2) Der Beschwerde kann der Kostenbeamte oder der Leiter der Geschäftsabteilung des Gerichtes selbst stattgeben, wenn es sich um eine offenbare Unrichtigkeit handelt. In allen übrigen Fällen entscheidet der Vorsteher des Gerichtes oder, falls es sich um eine bei einem Gerichtshof anhängig gemachte Rechts- oder Exekutionssache handelt, der Präsident des Gerichtshofes erster Instanz im Justizverwaltungsverfahren mit Bescheid. Soweit sich hienach eine Änderung der Zahlungspflicht ergibt, ist die Änderung von Amts wegen durchzuführen; Mehrbeträge sind zurückzuzahlen.

(3) Gegen den Bescheid nach Abs. 2 ist kein ordentliches Rechtsmittel zulässig.

IV. Gebührenermittlung

Bemessungsgrundlage

§ 11. (1) Der der Gebührenermittlung zugrunde zu legende Betrag (Bemessungsgrundlage) ergibt sich aus den besonderen Bestimmungen (Abschnitte B bis C).

0267C

- 15 -

(2) Eine nicht durch 10 S teilbare Bemessungsgrundlage ist auf die nächsthöheren 10 S aufzurunden. Die Hundertsatz- und Tausendsatzgebühren sind auf volle Schilling aufzurunden.

(3) Wenn ein Betrag in ausländischer Währung die Grundlage für die Gebührenermittlung bildet, so ist der entsprechende Schillingbetrag nach den für den Bereich der Verkehrsteuern vom Bundesministerium für Finanzen verlautbarten Umrechnungswerten zu ermitteln.

V. Z a h l u n g s p f l i c h t

§ 12. (1) Zahlungspflichtig sind, soweit für die einzelnen Verfahrensarten nicht besondere Bestimmungen bestehen:

1. bei zivilgerichtlichen Verfahren und Exekutionsverfahren der Antragsteller (Kläger, Rechtsmittelwerber, betreibender Gläubiger);
2. bei Eingaben und den die Eingaben vertretenden Protokollen die einschreitende Partei;
3. bei Abschriften (Duplikaten, Abschriften aus der Urkundensammlung oder aus den Registerakten), Amtsbestätigungen (Zeugnissen), Grundbuchs- und Registerauszügen derjenige, der darum ansucht oder in dessen Interesse diese Schriftstücke ausgestellt werden;

0267C

- 16 -

4. bei anderen Amtshandlungen derjenige, der die Amtshandlung veranlaßt hat oder in dessen Interesse sie stattfindet.

(2) Die Vertreter der Parteien sowie die sonstigen am Verfahren Beteiligten haften für die Gerichtsgebühren nicht, sofern nichts anderes gesetzlich festgelegt ist.

(3) Schreitet ein Bevollmächtigter nach § 38 ZPO ein und wird die Vollmacht nicht fristgerecht nachgewiesen, so ist zur Zahlung der Gebühr der Einschreitende verpflichtet.

(4) Trifft die Verpflichtung zur Entrichtung desselben Gebührenbetrages zwei oder mehrere Personen, so sind sie zur ungeteilten Hand zahlungspflichtig.

VI. G e b ü h r e n f r e i h e i t

Persönliche Gebührenfreiheit auf Grund der Verfahrenshilfe; Voraussetzungen

§ 13. (1) Die Bestimmungen über die Verfahrenshilfe im Zivilprozeß (§§ 63 bis 73 ZPO) sind hinsichtlich der Gebührenfreiheit auch außerhalb des Zivilprozesses in allen anderen Verfahrensarten sinngemäß anzuwenden; im Strafverfahren auf Grund von Privatanklagen steht dem Privatankläger kein Anspruch auf Bewilligung der Verfahrenshilfe zu, wenn die Privatanklage offenbar aussichtslos ist.

0267C

- 17 -

(2) Die Gebührenfreiheit erstreckt sich nicht auf die Gebühren von bücherlichen Eintragungen, auf die Gebühren für Grundbuchs- und Registerauszüge (Ergänzungen, Abschriften) nach Tarifpost 9 lit. c, Tarifpost 10 IV, auf die Abschriftgebühr nach § 29 Abs. 1 GUG sowie auf die Pauschalgebühren nach den Tarifposten 6, 8 und 10.

§ 14. (1) Wird die Verfahrenshilfe bewilligt, so tritt die Gebührenfreiheit mit dem Tag ein, an dem sie beantragt worden ist; sie erstreckt sich nur auf Schriften und Amtshandlungen, deren Gebührenpflicht zu diesem Zeitpunkt oder erst später entsteht (§ 2). Wird einer Partei die Verfahrenshilfe auf Grund eines Antrages bewilligt, den sie anlässlich ihrer ersten Verfahrenshandlung gestellt hat, so erstreckt sich die Gebührenfreiheit auch auf das vorangegangene Verfahren.

(2) Die Gebührenfreiheit auf Grund der Verfahrenshilfe gilt nur für das Verfahren, für das sie bewilligt wurde, und für das Rechtsmittelverfahren. Auf das Exekutionsverfahren erstreckt sie sich nur dann, wenn zwischen dem Abschluß des Verfahrens und der Einleitung der Exekution nicht mehr als ein Jahr verstrichen ist. Die Gebührenfreiheit im Exekutionsverfahren gilt auch für die im Laufe und aus Anlaß des Exekutionsverfahrens sich ergebenden Streitigkeiten.

0267C

P e r s ö n l i c h e G e b ü h r e n f r e i h e i t
a u s a n d e r e n G r ü n d e n

§ 15. Von der Zahlung der Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren sind befreit:

1. Der Bund, die öffentlich-rechtlichen Fonds, deren Abgang der Bund zu decken hat, und die im jeweiligen Bundesfinanzgesetz bezeichneten Monopol- und Bundesbetriebe;

2. die übrigen Gebietskörperschaften im Rahmen ihres öffentlich-rechtlichen Wirkungskreises;

3. alle sonstigen Körperschaften, Vereinigungen und Personen, soweit ihnen durch Gesetz die Befreiung von den Gerichts(Justizverwaltungs)gebühren zukommt, sofern sie in der Eingabe, bei Aufnahme des Protokolls oder Vornahme einer sonstigen Amtshandlung die Gebührenfreiheit unter Hinweis auf die gesetzliche Grundlage in Anspruch nehmen; diese Gebührenfreiheit erstreckt sich nicht auf die Gebühren für Grundbuchs- und Registerauszüge (Ergänzungen, Abschriften) nach Tarifpost 9 lit. c, Tarifpost 10 IV, sowie auf die Abschriftgebühr nach § 29 Abs.1 GUG;

4. der Masseverwalter (Konkursmasse) und der Gläubigerausschuß, ausgenommen

- 19 -

a) die Gebühren für Rechtsstreitigkeiten, sofern die Konkursmasse als Klägerin oder als Rechtsmittelwerberin auftritt;

b) die Pauschalgebühren;

5. der Ausgleichsverwalter und der Gläubigerbeirat, ausgenommen bei Streitigkeiten, die im Anschluß an das Ausgleichsverfahren geführt werden;

6. der Staatsanwalt, wenn er als Partei einschreitet.

Persönliche Gebührenfreiheit im Verfahren
auf Grund von Privatanklagen

§ 16. Genießt der Privatankläger persönliche Gebührenfreiheit, so ist der Beschuldigte zahlungspflichtig, falls ihm diese Befreiung nicht zusteht und er zum Ersatz der Kosten des Strafverfahrens verpflichtet ist.

Wirkung der persönlichen
Gebührenfreiheit auf andere
am Verfahren beteiligte
Personen

§ 17. (1) Die persönliche Gebührenfreiheit (§§ 13 und 15) kommt nur der Partei, der sie durch Bewilligung der

0267C

- 20 -

Verfahrenshilfe oder durch das Gesetz gewährt wird, und ihrem Bevollmächtigten (gesetzlichen Vertreter) zu und geht auf die Rechtsnachfolger nicht über.

(2) Wird eine gebührenpflichtige Eingabe gemeinschaftlich von einer oder mehreren gebührenpflichtigen und gebührenbefreiten Personen eingebracht, so hat die gebührenpflichtige Partei den vollen Gebührenbetrag zu entrichten. Das gleiche gilt für Abschriften (Duplikate), Amtsbestätigungen (Zeugnisse), Grundbuchs- und Registerauszüge und für Beglaubigungen, die auf gemeinsames Ansuchen gebührenpflichtiger und gebührenbefreiter Personen ausgefertigt werden, weiters für die Gebühren für sonstige Amtshandlungen, an denen gebührenpflichtige und gebührenbefreite Parteien teilnehmen, sofern die Amtshandlung durch gemeinschaftliches Ansuchen dieser Parteien veranlaßt wurde oder sie zur ungeteilten Hand zahlungspflichtig sind (§ 12 Abs. 4).

S a c h l i c h e G e b ü h r e n f r e i h e i t

§ 18. Ist die Befreiung von den Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren für die Inanspruchnahme der Tätigkeit der Gerichte und Justizverwaltungsbehörden ohne Beziehung auf bestimmte Personen aus sachlichen Gründen

0267C

- 21 -

gewährt (sachliche Gebührenfreiheit), so erstreckt sie sich auf alle am Verfahren beteiligten Personen einschließlich ihrer Vertreter; sie ist in der Eingabe, bei Aufnahme des Protokolles oder Vornahme einer sonstigen Amtshandlung unter Hinweis auf die gesetzliche Grundlage in Anspruch zu nehmen. Diese Gebührenfreiheit erstreckt sich nicht auf die Gebühren für Grundbuchs- und Registerauszüge (Ergänzungen, Abschriften) nach Tarifpost 9 lit.c, Tarifpost 10 IV sowie auf die Abschriftgebühr nach § 29 Abs.1 GUG.

B. Besondere Bestimmungen über die Gebühren im
Zivilprozeß und im Exekutionsverfahren

I. Bewertung des Streitgegenstandes

a) Im Zivilprozeß

Allgemeine Grundsätze

§ 19. Bemessungsgrundlage ist, soweit nicht im folgenden etwas anderes bestimmt wird, der Wert des Streitgegenstandes nach den Bestimmungen der §§ 54 bis 60 JN.

0267C

Besondere Bestimmungen

§ 20. (1) Als Wert einer unbeweglichen Sache ist der Einheitswert anzusehen; besteht ein solcher nicht, so ist der gemeine Wert der Sache maßgebend.

(2) Mehrere in einem zivilgerichtlichen Verfahren von einer einzelnen Partei oder von Streitgenossen geltend gemachte Ansprüche sind zusammenzurechnen; die Summe der geltend gemachten Ansprüche bildet, soweit nicht im folgenden etwas anderes bestimmt wird, eine einheitliche Bemessungsgrundlage für das ganze Verfahren.

(3) Wird nur ein Teil einer Kapitalsforderung begehrt, so ist nur der eingeklagte Teil der Gebührenermittlung zugrunde zu legen.

(4) Bei einstweiligen Verfügungen außerhalb eines Zivilprozesses dient der Wert des zu sichernden Anspruches als Bemessungsgrundlage; für Anträge auf Bestimmung eines einstweilen von einem Ehegatten dem anderen Eheteil oder von einem Elternteil seinen Kindern zu leistenden Unterhaltes ist das Einfache der Jahresleistung als Bemessungsgrundlage anzunehmen.

(5) Bei Streitigkeiten über die Aufhebung eines Schiedsspruches (§§ 595 ff ZPO, Artikel XXIII und XXV EGZPO) ist, mit der aus § 23 Abs. 2 Z. 3 sich ergebenden Einschränkung, der Wert des Gegenstandes des im Schiedsspruch entschiedenen Streites maßgebend.

Bewertung einzelner Streitigkeiten

§ 21. Die Bemessungsgrundlage beträgt:

1. 10.000 S bei

a) Streitigkeiten über die Dienstbarkeit der Wohnung und über Ausgedinge sowie bei Streitigkeiten, die vor das Arbeitsgericht gehören, soweit in diesen Fällen nicht ein Geldbetrag verlangt wird;

b) gerichtlichen Kündigungen von Bestandverträgen und Aufträgen zur Übergabe oder Übernahme von Bestandgegenständen;

c) Bestandstreitigkeiten und Streitigkeiten über Räumungs- und Besitzstörungsklagen;

d) Streitigkeiten über die Feststellung der Rechtsunwirksamkeit eines Anerkenntnisses der Vaterschaft auf Grund einer Klage (§ 164 a ABGB);

e) Streitigkeiten über die Feststellung der Vaterschaft zu einem unehelichen Kinde (§ 164 c ABGB);

f) Streitigkeiten über Oppositions- (§ 35 EO), Impugnations- (§ 36 EO) und Exszindierungsklagen (§ 37 EO);

2. 20.000 S bei

a) Streitigkeiten, die bloß die Rangordnung von Forderungen im Exekutionsverfahren und im Konkurs betreffen;

0267C

- 24 -

b) Streitigkeiten aus dem Ehe- und Elternverhältnis.

Bewertung des Streitgegenstandes mangels
anderer Grundlagen

§ 22. Läßt sich die Bemessungsgrundlage nicht nach den Bestimmungen der §§ 19 bis 21 ermitteln, so ist folgender Wert zugrunde zu legen:

- a) bei den zur Zuständigkeit der Bezirksgerichte gehörigen Streitigkeiten ein Betrag von 10.000 S;
- b) bei den zur Zuständigkeit der Gerichtshöfe gehörigen Streitigkeiten ein Betrag von 50.000 S.

Wertänderungen

§ 23. (1) Die Bemessungsgrundlage bleibt für das ganze Verfahren gleich.

(2) Hievon treten folgende Ausnahmen ein:

- 1. Wird der Streitwert gemäß § 7 RAT geändert, so bildet der geänderte Streitwert die Bemessungsgrundlage. Bereits entrichtete Mehrbeträge sind zurückzuzahlen.
- 2. Wird der Wert des Streitgegenstandes infolge einer Erweiterung des Klagebegehrens geändert, so ist die Pauschalgebühr unter Zugrundelegung des geänderten

0267C

Streitwertes zu berechnen; die bereits entrichtete Pauschalgebühr ist einzurechnen.

3. Betrifft das Rechtsmittelverfahren oder das Verfahren über eine Wiederaufnahms- oder Nichtigkeitsklage nur einen Teil des ursprünglichen Streitgegenstandes, so ist in diesem Verfahren für die Berechnung nur der Wert dieses Teiles maßgebend. Bei wechselseitig erhobenen Rechtsmitteln sind die Pauschalgebühren nach Maßgabe der Anträge eines jeden der beiden Streitteile gesondert zu berechnen und vom jeweiligen Rechtsmittelwerber zu entrichten. Ist der von der Anfechtung betroffene Teil nicht nur ein Geldanspruch, so hat ihn der Rechtsmittelwerber in der Rechtsmittelschrift zu bewerten; unterläßt er dies, ist der Bemessung der Pauschalgebühr für das Rechtsmittelverfahren der ganze Wert des ursprünglichen Streitgegenstandes zugrunde zu legen.

4. Bei Rechtsmitteln, die lediglich Prozeßkosten oder Nebengebühren des ursprünglichen Streitgegenstandes betreffen, richten sich die Gebühren nur nach dem Betrage der Prozeßkosten oder Nebengebühren, über den nach dem Rechtsmittelbegehren die höhere Instanz entscheiden soll.

(3) Eine Änderung des Streitwertes für die Pauschalgebühren tritt nicht ein, wenn das Klagebegehren zurückgezogen oder eingeschränkt wird, oder wenn ein Teil- oder Zwischenurteil gefällt wird.

b) Im Exekutionsverfahren

§ 24. (1) Im Exekutionsverfahren ist Bemessungsgrundlage der Betrag des durchzusetzenden oder zu sichernden Anspruches.

(2) Für die Bewertung des Anspruches gelten die §§ 19 bis 22 sinngemäß. Ist dem Exekutionsverfahren ein denselben Anspruch betreffender Zivilprozeß vorausgegangen, so bleibt der in diesem Prozeß festgestellte Wert des Streitgegenstandes auch im Exekutionsverfahren für die Bewertung des durchzusetzenden oder zu sichernden Anspruches maßgebend. Betrifft jedoch das Exekutionsverfahren nur einen Teil des ursprünglichen Streitgegenstandes, so kommt nur der Wert dieses Teiles in Betracht. Prozeßkosten oder Nebengebühren sind nur dann zu berücksichtigen, wenn sie allein den Gegenstand des durchzusetzenden oder zu sichernden Anspruches bilden.

(3) Eine Änderung der Bemessungsgrundlage für die Pauschalgebühren tritt nicht ein, wenn das Exekutionsverfahren auf einen Teil des vollstreckbaren oder zu sichernden Anspruches eingeschränkt wird.

II. Zahlungspflicht des Gegners
der gebührenbefreiten Partei

§ 25. (1) In den Fällen des § 70 ZPO sowie bei persönlicher Gebührenfreiheit aus anderen Gründen (§ 15) ist der Gegner zum Ersatz der Gerichtsgebühren, die die gebührenbefreite Partei zu entrichten gehabt hätte, verpflichtet, soweit ihm die Kosten des Rechtsstreites auferlegt sind oder soweit er die Kosten durch Vergleich übernommen hat. Im Zweifel ist die Hälfte der Gebühr einzuheben.

(2) Hiebei gelten folgende Bestimmungen:

1. Der in einer aufgehobenen Entscheidung enthaltene Kostenausspruch bleibt bis zur Fällung einer neuen Entscheidung maßgebend.

2. Im Fall der Abänderung des Kostenausspruches durch eine höhere Instanz ist ihr Spruch auch für die Ersatzpflicht bezüglich der Gebühren der unteren Instanz bestimmend. Soweit sich hienach eine Änderung der Ersatzpflicht ergibt, ist die Änderung von Amts wegen durchzuführen.

3. Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für die Entscheidungen höherer Instanz.

(3) Im Exekutionsverfahren ist der Verpflichtete zum Ersatz der Gerichtsgebühren, die die gebührenbefreite Partei zu entrichten gehabt hätte, auf jeden Fall

- 28 -

verpflichtet, sofern nicht der Antrag des betreibenden Gläubigers abgewiesen wird oder soweit nicht nach § 75 EO die Gebühren dem Gläubiger zur Last fallen.

(4) In den Fällen, in denen das Exekutionsverfahren nach § 39 Abs. 1 Z. 1 oder 9 EO eingestellt wird, ist der Verpflichtete von den Gerichtsgebühren, die die gebührenbefreite Partei zu entrichten gehabt hätte, auch dann befreit, wenn keine Entscheidung des Exekutionsgerichtes nach § 75 EO ergangen ist. Bereits entrichtete Gerichtsgebühren sind dem Verpflichteten zurückzuzahlen.

(5) Die Gerichtsgebühren, die durch das von der Einbringungsstelle beim Oberlandesgericht zur Eintreibung von Gebühren und Kosten geführte Exekutionsverfahren entstehen, gehören zu den Kosten des Exekutionsverfahrens.

C. Besondere Bestimmungen für einzelne Verfahrensarten

I. Zahlungspflicht im Konkurs- und Ausgleichsverfahren

§ 26. (1) In den Fällen der Tarifpost 6 lit. a Z. 1 ist der Masseverwalter verpflichtet, die Pauschalgebühr aus der Konkursmasse zu zahlen. In den Fällen der Tarifpost 6 lit. a Z. 2 obliegt die Zahlung der Pauschalgebühr dem Gemeinschuldner, in denen der Tarifpost 6 lit. b dem Schuldner.

0267C

- 29 -

(2) Für die Entrichtung der Pauschalgebühr für das Konkursverfahren sind ferner zahlungspflichtig:

1. In den Fällen der Tarifpost 6 lit. a Z. 1 nach Beendigung des Konkurses der Gemeinschuldner;
2. im Falle des Zwangsausgleiches die Personen, welche die Haftung für die Verbindlichkeiten des Gemeinschuldners übernommen haben;
3. in allen Fällen nach Beendigung des Konkurses der Masseverwalter, wenn ihm hinsichtlich der Pauschalgebühr ein Verschulden an einer Gebührenverkürzung zur Last fällt.

(3) Für die Entrichtung der Pauschalgebühr für das Ausgleichsverfahren sind ferner die Personen, die im Ausgleich eine Haftung für die Verbindlichkeiten des Schuldners übernommen haben, zahlungspflichtig.

II. Verlassenschaftsabhandlung

§ 27. (1) Die Pauschalgebühr wird nach den Verhältnissen am Todestage des Erblassers ermittelt. Maßgebend ist der reine Wert des abgehandelten Nachlaßvermögens. Bei Ermittlung des reinen Wertes werden Vermächtnisse, Pflichtteilsrechte, die Kosten und die Gebühren der Abhandlung (einschließlich der Gebühren des Gerichtskommissärs) und die Erbschaftssteuer nicht abgezogen.

0267C

- 30 -

(2) Zur Entrichtung der Pauschalgebühr sind die Erben verpflichtet; sie sind berechtigt, von Vermächtnisnehmern und Noterben den Ersatz der Gebühr, die auf das auszufolgende Vermögen entfällt, zu fordern, es sei denn, daß ihnen der Erblasser die Gebührenentrichtung auferlegt hat.

III. Grundbuchsachen

Zahlungspflicht für die Eintragungsgebühr

§ 28. (1) Für die Eintragungsgebühr sind zahlungspflichtig:

- a) derjenige, der den Antrag auf Eintragung (Hinterlegung, pfandweise Beschreibung, Einreihung) stellt, im Falle des § 38 lit. c GBG 1955 derjenige, gegen den sich die Eintragung richtet;
- b) derjenige, dem die Eintragung zum Vorteil gereicht;
- c) bei Eintragungen im Wege der Zwangsvollstreckung auch der Verpflichtete, soweit die Eintragungsgebühr nicht nach § 75 EO dem Gläubiger zur Last fällt.

(2) Ist im Falle einer Eintragung nach § 38 lit. c GBG 1955 die Eintragung nachträglich auf Grund einer Entscheidung des Gerichtes nach § 39 Abs. 1 Z. 1 oder 9 EO gelöscht worden, entfällt die Zahlungspflicht der

0267C

- 31 -

verpflichteten Partei auch dann, wenn keine Entscheidung des Gerichtes nach § 75 EO ergangen ist. Allfällige entrichtete Gerichtsgebühren sind der verpflichteten Partei zurückzuzahlen.

(3) Ist im Fall einer Eintragung nach § 38 lit. c GBG 1955 die Eintragung nachträglich unter Bezugnahme auf § 41 Abs. 2 EO eingeschränkt worden, wird auch die Zahlungspflicht der verpflichteten Partei verhältnismäßig eingeschränkt.

Wertberechnung für die Eintragungsgebühr

§ 29. (1) Der für die Berechnung der Eintragungsgebühr maßgebende Wert ist bei der Eintragung des Eigentumsrechtes und des Baurechtes - ausgenommen in den Fällen der Vormerkung - sowie bei der Anmerkung der Rechtfertigung der Vormerkung zum Erwerb des Eigentums mit dem Betrag anzusetzen, der der Ermittlung der Grunderwerbsteuer oder Erbschafts- und Schenkungssteuer zugrunde zu legen wäre; hiebei sind Steuerbegünstigungen nicht zu berücksichtigen. Das Finanzamt hat diesen Betrag (Bemessungsgrundlage) in der Unbedenklichkeitsbescheinigung anzugeben; dies gilt auch für den Fall, als die Vorschreibung der Grunderwerbsteuer

0267C

- 32 -

oder Erbschafts- und Schenkungssteuer unterbleibt. Soll das Eigentumsrecht auf mehrere Personen übertragen werden, so sind die auf jeden Berechtigten entfallenden Teilwerte vom Finanzamt gesondert anzuführen. Das Finanzamt hat die in der Unbedenklichkeitsbescheinigung angegebene Bemessungsgrundlage zu berichtigen, wenn sich ihre Unrichtigkeit im Zuge eines die Grunderwerbsteuer oder die Erbschafts- und Schenkungssteuer betreffenden abgabenbehördlichen Verfahrens oder auf Grund einer Anfrage der mit der Einhebung der Eintragungsgebühr betrauten Stellen herausstellt. Erfolgt eine solche Berichtigung nach der in Rechtskraft erwachsenen Vorschreibung der Eintragungsgebühr, so ist die Eintragungsgebühr von Amts wegen neu zu bemessen. Im Zwangsversteigerungsverfahren ist die Höhe des Meistbotes (Überbotes, Übernahmepreises) maßgebend.

(2) Bei der Eintragung zum Erwerb eines Pfandrechtes und bei der Anmerkung der Rangordnung für eine beabsichtigte Verpfändung bestimmt sich der Wert nach dem Nennbetrag (Höchstbetrag, § 14 Abs. 2 GBG 1955) der Forderung einschließlich der Nebengebührensicherstellung. Bei Afterpfandrechten kann dieser Wert nie größer sein als der der belasteten Forderung.

(3) Wird die Eintragung von mehreren Berechtigten in einer Eingabe verlangt, so ist die Eintragungsgebühr für jeden Berechtigten nach dem Werte seiner Rechte zu berechnen.

0267C

- 33 -

(4) Wird eine Eintragung zum Erwerb eines Rechtes gemeinschaftlich von einer oder mehreren gebührenpflichtigen und gebührenbefreiten Personen begehrt, so ist die Gebühr nur nach dem Anteil des Gebührenpflichtigen zu berechnen.

IV. Gebühren für Entscheidungen über Unterhaltsansprüche

§ 30. (1) Der Wert des Unterhaltsanspruches ist nach § 58 JN zu berechnen, soweit in den Anmerkungen zur Tarifpost 7 nichts anderes bestimmt wird.

(2) Die Entscheidungsgebühr ist von demjenigen zu entrichten, dem die Unterhaltsleistung auferlegt wurde.

(3) In den Fällen, in denen ein Unterhaltsherabsetzungsantrag auch nur zum Teil erfolglos geblieben ist, trifft die Zahlungspflicht den Antragsteller. Ist hingegen der Antragsteller mit seinem Begehren auf Unterhaltsherabsetzung zur Gänze durchgedrungen, entfällt eine Zahlungspflicht nach Tarifpost 7 lit.b.

0267C

V. Gebühren für Beglaubigungen und Beurkundungen

§ 31. Zahlungspflichtig sind der Antragsteller sowie jede Person, deren Unterschrift beglaubigt oder deren Erklärung beurkundet wird.

VI. Pauschalgebühren für sonstige Geschäfte des außerstreitigen Verfahrens

§ 32. Zahlungspflichtig sind:

1. bei Verfahren über die Abgeltung der Mitwirkung eines Ehegatten im Erwerb des anderen (§ 98 ABGB) derjenige, dem die Zahlung eines Abgeltungsbetrages auferlegt wird, wird der Antrag aber zur Gänze abgewiesen, der Antragsteller;

2. bei Verfahren über die Aufteilung ehelichen Gebrauchsvermögens und ehelicher Ersparnisse (§§ 81 bis 96 Ehegesetz) beide Ehegatten;

3. bei Einspruch des Gläubigers gegen die Vornahme eines Tausches von Grundstücken der Gläubiger und die Eigentümer der Liegenschaften;

4. bei Schätzungen derjenige, der die Schätzung beantragt hat;

5. bei Ermittlung der Entschädigung in Enteignungsfällen derjenige, zu dessen Gunsten die Enteignung stattfindet;

- 35 -

6. bei freiwilligen gerichtlichen Feilbietungen der
bisherige Eigentümer und der Ersteher;

7. in allen übrigen Fällen die Antragsteller.

VII. Wertberechnung bei der freiwilligen gerichtlichen
Schätzung, der Ermittlung der Entschädigung in
Enteignungsfällen und der freiwilligen gerichtlichen
Feilbietung

§ 33. Die Gebühr für die freiwillige gerichtliche
Schätzung und die Ermittlung der Entschädigung in
Enteignungsfällen ist vom ermittelten Schätzwert
(Entschädigungsbetrag) ohne Abzug der mit der Schätzung
oder Ermittlung der Entschädigung verbundenen Kosten zu
bemessen; als freiwillige gerichtliche Schätzungen sind
solche Schätzungen nicht anzusehen, die im Verfahren außer
Streitsachen angeordnet werden, um dem Gericht die zur
Durchführung des Verfahrens erforderlichen Wertgrundlagen
zu verschaffen, ebenso nicht Schätzungen, die zum Zwecke
der Gebührenbemessung vorgenommen wurden. Die Gebühr für
freiwillige gerichtliche Feilbietungen ist von dem
Feilbietungserlös ohne Abzug der Feilbietungskosten zu
bemessen.

0267C

- 36 -

VIII. Justizverwaltungsangelegenheiten

§ 34. Ist der Bundesminister für Justiz zur Entscheidung über eine Justizverwaltungssache zuständig, gelten folgende Abweichungen:

- a) über den Berichtigungsantrag entscheidet der Bundesminister für Justiz;
- b) die Einbringung obliegt der Einbringungsstelle beim Oberlandesgericht Wien;
- c) über Stundung und Nachlaß entscheidet der Bundesminister für Justiz.

D. Änderung der Gebührenpflicht. Rückzahlung von Gebühren

§ 35. (1) Ist in diesem Bundesgesetz nichts anderes bestimmt, erlischt die Gebührenpflicht, wenn sie durch eine nachfolgende Entscheidung berührt wird.

(2) Gebühren sind zurückzuzahlen, wenn sie ohne Aufforderung entrichtet wurden, sich aber in der Folge ergibt, daß überhaupt nichts oder ein geringerer Betrag geschuldet wurde.

(3) Die Rückzahlung hat der Kostenbeamte von Amts wegen oder auf Antrag der Partei, die die Gebühr entrichtet hat, zu verfügen. Hält der Kostenbeamte den Rückzahlungsanspruch nicht für begründet, dann entscheidet

0267C

- 37 -

über den Rückzahlungsantrag der Präsident des Gerichtshofes erster Instanz mit Bescheid. Gegen diesen Bescheid ist ein ordentliches Rechtsmittel nicht zulässig.

(4) Der Anspruch auf Rückzahlung erlischt drei Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Gebühr entrichtet wurde.

E. Fehlbeträge

§ 36. Wird eine Gebühr, die in der Anmerkung 2 zur Tarifpost 1 oder in den Tarifposten 2, 3, 4 lit.b, 5, 9 lit. a, 12 lit. a, b, c, und 13 angeführt ist, nicht oder nicht vollständig beigebracht, so haben die zur Zahlung der Gebühr verpflichteten Personen den fehlenden Gebührenbetrag im eineinhalbfachen Ausmaß zu entrichten.

F. Einbringung

§ 37. Für die Einbringung der Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren gelten die Bestimmungen des Gerichtlichen Einbringungsgesetzes 1962.

0267C

- 38 -

T A R I FI. Zivilprozesse

Tarif- post	G e g e n s t a n d	H ö h e d e r G e b ü h r e n
1	P a u s c h a l g e b ü h r e n in zivilgerichtlichen Verfahren erster Instanz bei einem Wert des Streitgegenstandes	
	bis 1.000 S	100 S
	über 1.000 S bis 5.000 S	200 S
	über 5.000 S bis 10.000 S	300 S
	über 10.000 S bis 30.000 S	600 S
	über 30.000 S bis 50.000 S	1.000 S
	über 50.000 S bis 100.000 S	2.000 S
	über 100.000 S bis 500.000 S	5.000 S
	über 500.000 S bis 1,000.000 S	10.000 S
	über 1,000.000 S	5.000 S zuzüglich
		1 % vom
		jeweiligen
		Streitwert

0267C

A n m e r k u n g e n

1. Der Pauschalgebühr nach Tarifpost 1 unterliegen alle mittels Klage einzuleitenden gerichtlichen Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen, Verfahren über Nichtigkeitsbeschwerden gegen Erkenntnisse der Börsenschiedsgerichte, Bestandsverfahren, Verfahren über Beweissicherungsanträge und prätorische Vergleiche (§ 433 ZPO). Die Pauschalgebühr ist ohne Rücksicht darauf zu entrichten, ob das Verfahren bis zum Ende durchgeführt wird.

2. Die Pauschalgebühr nach Tarifpost 1 gilt auch für Verfahren zur Erlassung einstweiliger Verfügungen außerhalb eines Zivilprozesses; in diesem Verfahren ermäßigt sich die Pauschalgebühr nach Tarifpost 1 auf die Hälfte.

3. Wird die Klage oder ein in den Anmerkungen 1 oder 2 zur Tarifpost 1 angeführter Antrag vor Zustellung an den Verfahrensgegner zurückgezogen, so ermäßigen sich die Pauschalgebühren nach Tarifpost 1 sowie die Ausfertigungskosten auf ein Viertel. Das gleiche gilt auch, wenn die Klage oder der Antrag - ausgenommen den Fall einer Überweisung nach § 230a ZPO - von vornherein zurückgewiesen wird. Bereits entrichtete Mehrbeträge sind zurückzuzahlen.

- 40 -

4. Wird die Klage oder ein in der Anmerkung 1 zur Tarifpost 1 angeführter Antrag dem Verfahrensgegner nicht zugestellt, weil der Kläger (Antragsteller) seiner Pflicht zur Entrichtung der Gerichtsgebühren oder Ausfertigungskosten trotz Zustellung der Zahlungserinnerung (§ 8) nicht nachgekommen ist, so hat der Kläger (Antragsteller) die Pauschalgebühren (Ausfertigungskosten) in der Höhe von einem Viertel des ursprünglichen Ausmaßes zu entrichten; in diesen Fällen unterbleibt weiterhin die Zustellung der Klage, des Zahlungsbefehles sowie der anderen in der Anmerkung 1 zur Tarifpost 1 angeführten Anträge an den Verfahrensgegner. Bereits entrichtete Mehrbeträge sind nach Ablauf von drei Monaten nach Zustellung der Zahlungserinnerung (§ 8 Abs. 1) zurückzuzahlen. Dem Kläger (Antragsteller) bleibt es aber unbenommen, die Pauschalgebühren (Ausfertigungskosten) in ihrer ursprünglichen Höhe nachzuentrichten; die Zustellung ist sodann vorzunehmen.

5. Neben der Pauschalgebühr nach Tarifpost 1 sind in Verfahren erster Instanz keine weiteren Gerichtsgebühren zu entrichten; dies gilt auch für Anträge auf Erlassung einstweiliger Verfügungen, die in einem zivilgerichtlichen Verfahren gestellt werden. In den Fällen, in denen eine Partei mehr als eine Protokollsabschrift begehrt, sind für die weiteren Protokollsabschriften Gerichtsgebühren nach Tarifpost 15 zu entrichten.

0267C

- 41 -

6. Die Pflicht zur Entrichtung der Pauschalgebühr nach Tarifpost 1 wird dadurch nicht berührt, daß eine im Verfahren erster Instanz ergangene Entscheidung aufgehoben oder abgeändert wird.

7. Die Pauschalgebühr nach Tarifpost 1 ist nur einmal zu entrichten; dies gilt auch dann, wenn infolge Aufhebung der Entscheidung erster Instanz das Verfahren fortgesetzt wird.

8. In einem Verfahren über eine Nichtigkeits- oder Wiederaufnahmsklage ist die Pauschalgebühr nach Tarifpost 1 nur einmal zu entrichten; für das infolge der Nichtigserklärung oder der Bewilligung der Wiederaufnahme durchgeführte weitere Verfahren ist keine zusätzliche Gebühr zu entrichten.

9. Gebührenfrei sind Verfahren (einschließlich Mahnklagen und gerichtliche Aufkündigungen) vor einem Arbeitsgericht bei einem Wert des Streitgegenstandes bis 5.000 S.

0267C

- 42 -

Tarif- post	H ö h e d e r G e g e n s t a n d	G e b ü h r e n
2	P a u s c h a l g e b ü h r e n für das Rechtsmittelverfahren zweiter Instanz bei einem Wert des Streitgegenstandes	
	bis 1.000 S	150 S
	über 1.000 S bis 5.000 S	300 S
	über 5.000 S bis 10.000 S	500 S
	über 10.000 S bis 30.000 S	1.000 S
	über 30.000 S bis 50.000 S	2.000 S
	über 50.000 S bis 100.000 S	4.000 S
	über 100.000 S bis 500.000 S	8.000 S
	über 500.000 S bis 1,000.000 S	15.000 S
	über 1,000.000 S	5.000 S zuzüglich 2 % vom jeweiligen Streitwert

A n m e r k u n g e n

1. Der Pauschalgebühr nach Tarifpost 2 unterliegen folgende Rechtsmittelverfahren: Berufungsverfahren, Verfahren über Rekurse gegen Endbeschlüsse in

0267C

Besitzstörungsverfahren (§ 459 ZPO) und gegen Beschlüsse, mit denen über Nichtigkeitsbeschwerden gegen Erkenntnisse der Börsenschiedsgerichte (Artikel XXIII EGZPO) entschieden wird.

2. Neben den Pauschalgebühren nach Tarifpost 2 sind in Verfahren zweiter Instanz keine weiteren Gerichtsgebühren zu entrichten. In den Fällen, in denen eine Partei mehr als eine Protokollsabschrift begehrt, sind für die weiteren Protokollsabschriften Gerichtsgebühren nach Tarifpost 15 zu entrichten.

3. Die Pflicht zur Entrichtung der Pauschalgebühr nach Tarifpost 2 wird dadurch nicht berührt, daß eine im Verfahren zweiter Instanz ergangene Entscheidung aufgehoben oder abgeändert wird. Die Gebührenpflicht erlischt auch dann nicht, wenn über das Rechtsmittel nicht entschieden wird.

4. Die Pauschalgebühr nach Tarifpost 2 ist nur einmal zu entrichten; dies gilt auch dann, wenn infolge Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz das Verfahren fortgesetzt wird.

5. Gebührenfrei sind arbeitsgerichtliche Rechtsmittelverfahren zweiter Instanz bei einem Wert des Streitgegenstandes bis 5.000 S.

- 44 -

Tarif- post	G e g e n s t a n d	H ö h e d e r G e b ü h r e n
3	P a u s c h a l g e b ü h r e n für das Rechtsmittelverfahren dritter Instanz bei einem Wert des Streitgegenstandes	
	bis 5.000 S	500 S
	über 5.000 S bis 10.000 S	750 S
	über 10.000 S bis 30.000 S	1.500 S
	über 30.000 S bis 50.000 S	2.500 S
	über 50.000 S bis 100.000 S	5.000 S
	über 100.000 S bis 500.000 S	10.000 S
	über 500.000 S bis 1,000.000 S	20.000 S
	über 1,000.000 S	10.000 S zuzüglich 2 % vom jeweiligen Streitwert

A n m e r k u n g e n

1. Der Pauschalgebühr nach Tarifpost 3 unterliegen Revisionsverfahren und Verfahren über Rekurse nach § 519 Abs. 1 Z. 3 ZPO.

2. Die Pauschalgebühr nach Tarifpost 3 ist ohne Rücksicht darauf zu entrichten, ob es sich um ein

0267C

- 45 -

ordentliches oder außerordentliches Rechtsmittel handelt. Die Gebührenpflicht wird vom Ausgang des Verfahrens nicht berührt; dies gilt auch dann, wenn über das Rechtsmittel nicht entschieden wird.

3. Die Pauschalgebühr nach Tarifpost 3 ist nur einmal zu entrichten; daneben fallen im Verfahren dritter Instanz keine weiteren Gerichtsgebühren an.

4. Gebührenfrei sind arbeitsgerichtliche Rechtsmittelverfahren dritter Instanz bei einem Wert des Streitgegenstandes bis 5.000 S.

0267C

II. Exekutionsverfahren

Tarif- post	G e g e n s t a n d	H ö h e d e r G e b ü h r e n
4	P a u s c h a l g e b ü h r e n	
	a) in Exekutionsverfahren mit Aus- nahme der in lit. b angeführten Verfahren bei einem Wert des Streitgegenstandes	
	bis 1.000 S	50 S
	über 1.000 S bis 5.000 S	100 S
	über 5.000 S bis 10.000 S	150 S
	über 10.000 S bis 50.000 S	250 S
	über 50.000 S bis 100.000 S	500 S
	über 100.000 S bis 500.000 S	800 S
	über 500.000 S bis 1.000.000 S	1.000 S
	über 1.000.000 S für jede weitere angefangene 1.000.000 S	je 1.000 S
		m e h r
	b) in Exekutionsverfahren auf das unbewegliche Vermögen bei einem Wert des Streitgegenstandes	
	bis 1.000 S	80 S
	über 1.000 S bis 5.000 S	160 S
	über 5.000 S bis 10.000 S	240 S
	über 10.000 S bis 50.000 S	400 S

- 47 -

über	50.000 S bis	100.000 S	1.000 S
über	100.000 S bis	500.000 S	1.500 S
über	500.000 S bis	1,000.000 S	2.500 S
über	1,000.000 S für jede weitere		
	angefangene	1,000.000 S	je 1.200 S
			m e h r

A n m e r k u n g e n

1. Der Pauschalgebühr nach Tarifpost 4 lit. a unterliegen alle Anträge auf Exekutionsbewilligung mit Ausnahme der in Tarifpost 4 lit. b angeführten Anträge. Unter die Gebührenpflicht nach Tarifpost 4 lit. b fallen alle Anträge auf Bewilligung der zwangsweisen Pfandrechtsbegründung, der Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung, der Exekution auf bücherlich sichergestellte Forderungen und zur Sicherstellung durch Pfandrechtsvormerkung. Exekutionsanträge, die den Beitritt zu einem bereits anhängigen Exekutionsverfahren zum Gegenstand haben, unterliegen gleichfalls der Pauschalgebühr nach Tarifpost 4.

2. Wird der Exekutionsantrag vor Zustellung an die verpflichtete Partei zurückgezogen, so ermäßigt sich die Pauschalgebühr nach Tarifpost 4 auf die Hälfte. Das

0267C

- 48 -

gleiche gilt auch, wenn der Antrag von vornherein zurückgewiesen wird. Bereits entrichtete Mehrbeträge sind zurückzuzahlen.

3. Wird über einen in Tarifpost 4 lit. a angeführten Exekutionsantrag nicht entschieden, weil der betreibende Gläubiger seiner Pflicht zur Entrichtung der Gerichtsgebühren oder Ausfertigungskosten trotz Zustellung der Zahlungserinnerung (§ 8) nicht nachgekommen ist, so hat der betreibende Gläubiger die Pauschalgebühren (Ausfertigungskosten) in der Höhe der Hälfte des ursprünglichen Ausmaßes zu entrichten; in diesen Fällen unterbleibt weiterhin die Entscheidung über den Exekutionsantrag. Bereits entrichtete Mehrbeträge sind nach Ablauf von drei Monaten nach Zustellung der Zahlungserinnerung (§ 8 Abs. 1) zurückzuzahlen. Dem betreibenden Gläubiger bleibt es aber unbenommen, die Pauschalgebühren (Ausfertigungskosten) in ihrer ursprünglichen Höhe nachzuentrichten; § 6 Abs. 3 stünde dann einer Entscheidung über den Exekutionsantrag nicht entgegen.

4. In einem Exekutionsverfahren, in dem ein Antrag auf bürgerliche Eintragung (gerichtliche Hinterlegung einer Urkunde, pfandweise Beschreibung, Einreihung) gestellt wird, ist außer der Pauschalgebühr nach Tarifpost 4 auch die Eintragungsgebühr nach Tarifpost 9 lit. b zu entrichten.

0267C

- 49 -

5. Neben den Pauschalgebühren nach Tarifpost 4 sind in Exekutionsverfahren keine weiteren Gerichtsgebühren zu entrichten; dies gilt auch dann, wenn ein Rechtsmittel erhoben wird. In den Fällen, in denen eine Partei mehr als eine Protokollsabschrift begehrt, sind für die weiteren Protokollsabschriften Gerichtsgebühren nach Tarifpost 15 zu entrichten.

6. Die Pauschalgebühren nach Tarifpost 4 lit.b umfassen auch die Anträge auf Einverleibung des Pfandrechtes im Range der Anmerkung der Einleitung des Versteigerungsverfahrens (§ 208 EO); die Eintragungsgebühren nach Tarifpost 9 lit.b sind jedoch zu entrichten.

7. Werden in einem Exekutionsantrag neben einer Exekution auf das unbewegliche Vermögen gleichzeitig auch andere Exekutionsmittel angewendet (§ 14 EO), so unterliegt dieser Exekutionsantrag der Pauschalgebühr nach Tarifpost 4 lit.b; daneben ist keine weitere Gerichtsgebühr zu entrichten.

8. Für einen Antrag, der unter die Tarifpost 4 lit.a fällt, gilt die Vorauszahlungspflicht nach § 6 auch dann, wenn er mit einem Antrag verbunden wird, der in der Tarifpost 4 lit.b genannt ist; wird die Pauschalgebühr nicht oder nicht vollständig entrichtet, so ist zunächst nur der Antrag auf Bewilligung der Exekution auf das unbewegliche Vermögen zu behandeln; hinsichtlich des unter

0267C

- 50 -

die Tarifpost 4 lit.a fallenden Exekutionsbegehrens sind die §§ 6 bis 9 anzuwenden.

9. Als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) haften mit den nach § 12 zahlungspflichtigen Personen die Bevollmächtigten und die gesetzlichen Vertreter für die Pauschalgebühren nach Tarifpost 4 lit. b, wenn der Exekutionsantrag von ihnen verfaßt oder überreicht worden ist.

10. Gebührenfrei sind Exekutionsanträge, wenn der Exekutionstitel von einem Arbeitsgericht (§ 1 Z.11 EO) stammt, bei einem Wert des Streitgegenstandes bis 5.000 S.

0267C

III. Konkurs- und Ausgleichsverfahren

Tarif- post	G e g e n s t a n d	Höhe der Gebühren
5	E i n g a b e n g e - b ü h r e n : a) Anträge eines Gläubigers auf Eröffnung des Konkurses;	200 S
	b) Forderungsan- meldungen.	50 S

A n m e r k u n g e n

1. Protokolle, wenn sie die Stelle einer Eingabe vertreten, unterliegen der Eingabengebühr nach Tarifpost 5.

2. Neben den Eingabengebühren nach Tarifpost 5 sind mit Ausnahme der in Tarifpost 6 angeführten Gebühren keine weiteren Gerichtsgebühren zu entrichten; dies gilt auch dann, wenn ein Rechtsmittel erhoben wird.

3. Als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) haften mit den nach § 12 zahlungspflichtigen Personen die

0267C

- 52 -

Bevollmächtigten und die gesetzlichen Vertreter für die
Gebühren der von ihnen verfaßten oder überreichten
Eingaben.

0267C

- 53 -

Tarif- post	G e g e n s t a n d	Höhe der Gebühren
6	Pauschalgebühr:	
	a) für das Konkursverfahren	
	1. im Falle der Beendigung des Konkurses durch Verteilung (§ 139 KO) oder durch Zwangsausgleich (§ 157 KO).	3.000 S
	2. im Falle der Beendigung des Konkurses wegen mangelnder Mehrheit von Konkurs- gläubigern oder mit Einverständnis der Gläubiger (§§ 166 Abs. 1 und 167 KO);	2.500 S
	b) für das Ausgleichsverfahren im Falle der gerichtlichen Bestätigung des Aus- gleiches (§ 49 AO).	3.000 S

0267C

- 54 -

A n m e r k u n g e n

1. Die Aufhebung des Konkurses ist davon abhängig, daß die Pauschalgebühr bezahlt wird.

2. Die Pauschalgebühr für das Konkursverfahren ist wie eine Masseforderung (§ 46 KO) zu behandeln. Die Pauschalgebühr für das Ausgleichsverfahren gehört zu den bevorrechteten Forderungen (§ 23 AO).

0267C

- 55 -

IV. Verfahren außer StreitsachenA. Pflegschafts- und Vormundschaftssachen

Tarif- post	G e g e n s t a n d	H ö h e d e r G e b ü h r e n
7	E n t s c h e i d u n g e n	
	a) über den Anspruch auf Unter- halt vom Wert des Zuerkannten,	1/2 v.H.
	b) über ein Begehren auf Herab- setzung des Unterhaltsbetrages.	100 S

A n m e r k u n g e n

1. Der Wert des Zuerkannten ergibt sich aus § 58 JN.
2. Wird auf Grund eines neuen Antrages ein bereits rechtskräftig zuerkannter (verglichener) Unterhaltsbetrag erhöht, so ist von dem Unterschied zwischen dem zuerkannten und dem bisher zu leistenden Betrag auszugehen.
3. Wird die Entscheidung im Rechtsmittelverfahren abgeändert, so dient als Bemessungsgrundlage der vom Rechtsmittelgericht festgesetzte Unterhaltsbetrag. Wurde für die abgeänderte Entscheidung eine Gebühr bereits vorgeschrieben, so ist sie bei einer Erhöhung einzurechnen, bei einer Ermäßigung oder Aberkennung rückzuerstatten.

0267C

- 56 -

4. Die Gebührenpflicht wird dadurch nicht berührt, daß die Entscheidung aufgehoben wird. Die Entscheidungsgebühr ist nur einmal zu entrichten; dies gilt auch dann, wenn infolge Aufhebung der Entscheidung eine neue Entscheidung gefällt wird.

5. Wird ein rechtskräftig zuerkannter (verglichener) Unterhaltsbetrag später herabgesetzt oder aberkannt, so findet eine Rückzahlung der Gebühren für die Entscheidungen, mit denen der Unterhalt früher festgesetzt wurde, nicht statt.

6. Neben den Entscheidungsgebühren nach Tarifpost 7 sind in Pflegschafts-, Sachwalterschafts- und Vormundschaftssachen keine weiteren Gerichtsgebühren zu entrichten; dies gilt auch dann, wenn ein Rechtsmittel erhoben wird.

0267C

B. Verlassenschaftsabhandlungen

Tarif- post	G e g e n s t a n d	H ö h e d e r G e b ü h r e n
8	P a u s c h a l g e b ü h r e n für Verlassenschaftsabhandlungen	3 v.T. des reinen Nachlaßvermögens, mindestens jedoch 200 S

A n m e r k u n g e n

1. Der Wert des Nachlaßvermögens ergibt sich aus § 27.
2. Für die Ermittlung der Pauschalgebühr ist der Wert nachträglich hervorgekommenen Nachlaßvermögens zum Wert des früher abgehandelten Vermögens hinzuzurechnen.
3. Neben der Pauschalgebühr nach Tarifpost 8 sind keine weiteren Gerichtsgebühren zu entrichten; dies gilt auch dann, wenn ein Rechtsmittel erhoben wird.
4. Die Pauschalgebühr umfaßt nicht die Eintragungsgebühr nach Tarifpost 9 lit. b.
5. Die Pauschalgebühr ist auch für die gerichtlichen Amtshandlungen über Nachlaßgegenstände zu entrichten, die in das Ausland auszuliefern sind.

- 58 -

6. Findet mangels eines Vermögens oder bei Nachlässen geringen Wertes eine Verlassenschaftsabhandlung nicht statt (§ 72 AuBStrG) oder wird der Nachlaß an Zahlungs Statt überlassen (§ 73 AuBStrG), so sind keine Pauschalgebühren zu entrichten.

0267C

- 59 -

C. Grundbuchsachen

Tarif- post	G e g e n s t a n d	Maßstab für die Gebührenbemessung	Höhe der Gebühren
9	a) Eingaben (Protokol- laranträge) um Eintragung in das Grundbuch (Landtafel, Eisenbahnbuch, Berg- buch);		120 S
	b) Eintragungen in das Grundbuch (Landtafel, Eisenbahnbuch, Berg- buch), und zwar:		
	1. Eintragungen zum Er- werb des Eigentums (Ausnahme Z.2) und des Baurechtes	vom Wert des Rechtes	1 v.H.
	2. Vormerkungen zum Erwerb des Eigentums und des Baurechtes,		400 S
	3. Anmerkungen der Rechtfertigung	vom Wert des Rechtes	1 v.H.

0267C

- 60 -

der Vormerkung zum
Erwerb des Eigen-
tums und des Bau-
rechtes,

4. Eintragungen zum Erwerb des Pfand- rechtes (Aus- nahme Z.6),	vom Wert des Rechtes	1,1 v.H.
--	-------------------------	----------

5. Anmerkungen der Rangordnung der beabsichtigten Verpfändung,	vom Wert des Rechtes	5 v.T.
---	-------------------------	--------

6. nachträgliche Eintragung des Pfandrechtes in der angemerkten Rang- ordnung der beab- sichtigten Ver- pfändung;	vom Wert des Rechtes	6 v.T.
---	-------------------------	--------

c) Grundbuchsaus- züge (Abschriften), die einer Partei auf ihr Verlangen oder im Ver-	für jede Seite	20 S, mindestens jedoch 40 S
--	----------------	------------------------------------

- 61 -

lassenschaftsverfahren
in ihrem Interesse er-
teilt werden,

A n m e r k u n g e n

Zu a)

1. Der Eingabengebühr nach Tarifpost 9 lit. a unterliegen alle Eingaben um Eintragung in das Grundbuch (Landtafel, Eisenbahnbuch, Bergbuch). Unter die Gebührenpflicht nach Tarifpost 9 lit. a fallen auch alle Anträge im Sinne des § 4 LiegTeilG auf Einleitung des Aufforderungsverfahrens, der Antrag des Erstehers nach § 237 EO und die Rechtsmittelschriften gegen Beschlüsse des Grundbuchgerichtes.

2. Wird in einer Eingabe um die Eintragung in den Büchern verschiedener Grundbuchgerichte angesucht, so ist die Eingabengebühr nur einmal zu entrichten.

3. Wird ein Antrag auf gerichtliche Hinterlegung einer Urkunde zum Zwecke des Erwerbes des Eigentumsrechtes oder eines anderen dinglichen Rechtes an einer nichtverbücherten Liegenschaft oder an einem Bauwerk gestellt, so ist die gleiche Eingabengebühr zu entrichten wie für einen Antrag um Eintragung in das Grundbuch.

0267C

- 62 -

4. Als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) haften mit den nach § 12 zahlungspflichtigen Personen die Bevollmächtigten und die gesetzlichen Vertreter für die Gebühren der von ihnen verfaßten oder überreichten Eingaben.

5. Gebührenfrei sind:

a) Gesuche um Löschung von Anmerkungen, falls die Löschung von Amts wegen zu bewirken war.

b) Anträge auf Berichtigung des Grundbuches nach § 21 GUG.

Zu b)

6. Die Gebühren für bücherliche Eintragungen sind auch dann zu entrichten, wenn die Eintragungen im Wege der Grundbuchsberichtigung auf Ansuchen vorgenommen werden.

7. Die Gebühr für die bücherliche Eintragung zum Erwerbe des Eigentums ermäßigt sich auf die Hälfte, wenn der Ehegatte, Abkömmlinge des eingetragenen Eigentümers oder Abkömmlinge des eingetragenen Eigentümers gleichzeitig mit ihren Ehegatten eingetragen werden. Als Abkömmlinge gelten die ehelichen Kinder (§ 42 ABGB), die an Kindesstatt angenommenen Personen, die unehelichen Kinder (§ 42 ABGB) beim Erwerb von der Mutter, beim Erwerb vom Vater nur dann, wenn er die Vaterschaft anerkannt hat, und die Stiefkinder (jedoch nicht die Nachkommen der Stiefkinder).

0267C

8. Für die Einverleibung (Vormerkung) einer Simultanhypothek ist die Eintragungsgebühr nur einmal zu bezahlen, auch dann, wenn die Eintragung zu verschiedenen Zeiten beantragt wird oder wenn mehrere Grundbuchgerichte in Frage kommen; die Eintragungsgebühr ist anlässlich der ersten Eintragung zu entrichten.

9. Als Eintragung nach Tarifpost 9 lit.b Z.4 gelten auch die Vormerkung eines Pfandrechtes und die Übertragung einer Forderung oder eines Pfandrechtes.

10. Wird die Vormerkung zum Erwerb des Eigentums gerechtfertigt, so ist in die Gebühr nach Tarifpost 9 lit.b Z.3 die nach Tarifpost 9 lit.b Z.2 entrichtete Gebühr einzurechnen.

11. Wird an einer nicht verbücherten Liegenschaft oder an einem Bauwerk das Eigentumsrecht oder ein Pfandrecht durch gerichtliche Hinterlegung der Urkunde über das Erwerbsgeschäft (§§ 434 bis 437, 451 Abs.2 ABGB) oder ein Pfandrecht durch pfandweise Beschreibung (§§ 90 bis 95 EO) erworben, so ist für die gerichtliche Hinterlegung der Urkunde oder die pfandweise Beschreibung dieselbe Gebühr zu entrichten wie für die bürgerliche Eintragung des Rechtes. Das gleiche gilt für die Einreichung der Protokollsabschrift über den Zuschlag (§ 183 EO). Hingegen ist die Einreichung von Urkunden, aus der die Löschung solcher Rechte hervorgeht, gebührenfrei.

12. Von der Eintragungsgebühr sind befreit:

a) Eintragungen von anderen als in Tarifpost 9 lit. b angeführten Rechten;

b) Eintragungen der Anmerkung der Rangordnung der beabsichtigten Verpfändung nach § 53 Abs. 1 letzter Satz GBG 1955;

c) Abschreibungen oder Zuschreibungen ohne Änderung des Eigentumsrechtes;

d) Eintragungen von Pfandrechten, die der Eigentümer bei der gänzlichen oder teilweisen Übertragung seines Rechtes sich vorbehält oder ausbedingt. Dies gilt auch, wenn bei einer Verlassenschaftsabhandlung Nachlaßgrundstücke auf einzelne Miterben übertragen und zur Sicherstellung der anderen Miterben Pfandrechte auf den übertragenen Nachlaßgrundstücken eingetragen werden; die Eintragungsgebühr ist jedoch zu entrichten, soweit die Pfandrechte auch auf andere dem Übernehmer gehörige Grundstücke eingetragen werden;

e) die Eintragung einer Ersatzhypothek nach § 222 EO.

Zu c)

13. Gemeinschaftliche Grundbuchsauszüge über mehrere in denselben oder in verschiedenen Grundbuchseinlagen eingetragene Grundbuchkörper unterliegen der Gebühr nach Tarifpost 9 lit. c nicht nach der Anzahl der Grundbuchkörper oder Grundbuchseinlagen, sondern nach der Anzahl der beschriebenen Seiten.

- 65 -

14. Ergänzungen, die einem bereits ausgefertigten Grundbuchsauszug fortsetzungsweise beigelegt werden, unterliegen der Gebühr nach Tarifpost 9 lit. c; die Gebühr ist auch dann zu entrichten, wenn die Ergänzung ohne Verwendung einer weiteren Seite auf der zur Ausfertigung des ursprünglichen Grundbuchsauszuges verwendeten Seite niedergeschrieben wird. Amtswegige Ergänzungen von Grundbuchsauszügen im Zuge des Zwangsversteigerungsverfahrens und der Zwangsverwaltung sind gebührenfrei.

15. Grundbuchsauszüge (Abschriften) sowie Abschriften nach § 29 Abs. 1 GUG werden erst ausgefertigt, wenn die Gebühr hierfür beigebracht wird.

- 66 -

D. Registersachen

Tarif- post	G e g e n s t a n d	Maßstab für die Gebührenbemessung	Höhe der Gebühren
10	I. Handelsregister. Pauschalgebühren für folgende Eintragungen: a) Eintragungen der Firma:		
	1. bei Einzelkauf- leuten,		400 S
	2. bei offenen Handels- gesellschaften und Kom- manditgesellschaften,		800 S
	3. bei Aktiengesell- schaften, Gesellschaf- ten mit beschränkter Haftung, Versiche- rungsvereinen auf Gegenseitigkeit und Zweigniederlassungen von Gesellschaften, bei denen die Hauptnieder- lassung ihren Sitz im Ausland hat,	vom Stamm-(Grund) Kapital oder Gründungsfonds	5 v.T.

0267C

- 67 -

4. in den Fällen, bei denen aufgrund gesetzlicher Vorschriften Eintragungen in das Handelsregister vorzunehmen sind und die nicht unter Z.1 bis 3 fallen; 1.000 S
- b) Errichtung von Zweigniederlassungen, bei denen die Hauptniederlassung ihren Sitz im Inland hat:
1. bei Einzelkaufleuten, 200 S
2. bei offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften, 400 S
3. bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, 3.000 S
4. bei den nach lit.a Z.4 eingetragenen Firmen; 500 S
- c) Erhöhung des Stamm- von der Kapital- (Grund) Kapitals bei erhöhung 4 v.T.
- Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Zweigniederlas-

0267C

- 68 -

sungen von diesen Gesellschaften, bei denen die Hauptniederlassung ihren Sitz im Ausland hat, sowie des Gründungsfonds bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit;

d) Änderungen des Gesellschaftsvertrages, soweit sie nicht unter lit. c fallen, sowie Änderungen der Firma, Änderungen im Vorstand oder in der Geschäftsführung, Eintragungen, Änderungen oder Löschungen von Prokuristen oder von Liquidatoren:

- | | |
|---|-------|
| 1. bei Einzelkaufleuten, | 200 S |
| 2. bei offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften, | 400 S |
| 3. bei Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Versiche- | |

- 69 -

rungsvereinen auf Gegenseitigkeit und Zweigniederlassungen von Gesellschaften, bei denen die Hauptniederlassung ihren Sitz im Ausland hat,	600 S
4. bei den nach lit.a Z.4 eingetragenen Firmen;	500 S
e) Verschmelzungen von Gesellschaften:	
1. bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung,	2.000 S
2. bei Aktiengesellschaften und Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit.	5.000 S
 II. Genossenschaftsregister.	
Pauschalgebühren für folgende Eintragungen:	
a) Eintragung der Genossenschaft in das Genossenschaftsregister,	1.000 S

- 70 -

b) Änderungen des Genossenschaftsvertrages (Statuts),
der Firma oder in den Vertretungsorganen (Vorstand,
Geschäftsleitung), 400 S

c) Löschungen von Eintragungen in das Genossenschaftsregister. 200 S

III. Eintragungen in das Schiffsregister.

a) Eintragungen zum vom Wert des
Erwerb einer Schiffs- Rechtes 1,1 v.H.
hypothek,

b) Pauschalgebühren
für sonstige Eintragungen. 300 S

IV. Registerauszüge für jede Seite 20 S,
(Abschriften), mindestens
die einer Partei jedoch 40 S
auf ihr Verlangen
erteilt werden.

- 71 -

A n m e r k u n g e n

1. Neben den Pauschalgebühren nach Tarifpost 10 sind in Registersachen keine weiteren Gerichtsgebühren zu entrichten.
2. Wird in einer Eingabe gleichzeitig die Eintragung in den Registern verschiedener Gerichte begehrt, so ist die Pauschalgebühr nur einmal zu entrichten.
3. In der Pauschalgebühr für die Eintragung der Gesellschaft oder Genossenschaft ist auch die Gebühr für die gleichzeitige Eintragung ihrer Organe (Vorstand, Geschäftsführung, Geschäftsleitung) und der Prokuristen enthalten. Spätere Eintragungen unterliegen dagegen der Pauschalgebühr nach Tarifpost 10 I lit. d, II lit. b oder c.
4. Bei gleichzeitiger Eintragung der Änderung oder Löschung von mehreren Mitgliedern des Vorstandes oder der Geschäftsführung oder von Prokuristen ist die Gebühr nach Tarifpost 10 I lit. d nur einfach zu entrichten.
5. Bei gleichzeitiger Eintragung der Änderung oder Löschung der Vertretungsorgane (Vorstand, Geschäftsleitung) oder von Prokuristen von Genossenschaften ist die Gebühr nach Tarifpost 10 II lit. b und c nur einfach zu entrichten.

0267C

- 72 -

6. Ergänzungen, die einem bereits ausgefertigten Registerauszug fortsetzungsweise beigelegt werden, unterliegen der Gebühr nach Tarifpost 10 IV; die Gebühr ist auch dann zu entrichten, wenn die Ergänzung ohne Verwendung einer weiteren Seite auf der zur Ausfertigung des ursprünglichen Registerauszuges verwendeten Seite niedergeschrieben wird.

7. Registerauszüge (Abschriften) werden erst ausgefertigt, wenn die Gebühr hierfür beigebracht wird.

0267C

- 73 -

E. Beglaubigungen und Beurkundungen

Tarif- post	G e g e n s t a n d	Maßstab für die Gebührenbemessung	Höhe der Gebühren
11	a) 1. Beglaubigungen von Unterschriften bei einer Bemessungs- grundlage	für jede Unterschrift	
	bis	1.000 S	20 S
	über 1.000 bis	5.000 S	30 S
	über 5.000 bis	10.000 S	50 S
	über 10.000 bis	50.000 S	100 S
	über 50.000 bis	100.000 S	200 S
	über 100.000 bis	500.000 S	300 S
	über 500.000 bis	1,000.000 S	400 S
	über	1,000.000 S	
	für jede weitere		je 200 S
	angefangene	1,000.000 S	m e h r
	2. wenn der Wert nicht bestimmbar ist;		40 S
	b) Beglaubigungen von Abschriften, die von den Parteien über- reicht werden;	für jede Seite	10 S

0267C

- 74 -

- | | |
|---|---|
| c) 1. Aufnahme von Urkunden über Rechtsgeschäfte, die einer gerichtlichen Beurkundung bedürfen, | die im Notariatstarifgesetz für die gleichen Amtshandlungen vorgesehenen Gebühren |
| 2. Aufnahme von Testamenten, | -"- |
| 3. Aufnahme von Wechsel- und Scheckprotesten, | -"- |
| 4. Erteilung von Ausfertigungen, Auszügen, Abschriften oder Zeugnissen aus den im Notariatsarchiv befindlichen Akten. | -"- |

A n m e r k u n g e n

1. Die Gebühr für die Beglaubigung einer Unterschrift auf einer Urkunde wird nach dem Wert des Gegenstandes ohne Abzug von Schulden, Barauslagen und Gebühren bemessen. Nebengebühren sind aber bei Bestimmung des Wertes des Gegenstandes nicht zu berücksichtigen.

0267C

- 75 -

2. Bei der Beglaubigung von Unterschriften auf einer Schuld- und Pfandbestellungsurkunde ist der Berechnung der Beglaubigungsgebühr nach Tarifpost 11 lit. a Z. 1 der Nennbetrag (Höchstbetrag) zugrunde zu legen; die Nebengebührensicherung bleibt hierbei unberücksichtigt.

3. Wenn die Unterschriften mehrerer Personen, die an einem Rechtsgeschäft beteiligt sind, beglaubigt werden, so ist die Beglaubigungsgebühr nach Tarifpost 11 lit. a Z. 1 für jede Unterschrift vom Gesamtwert zu bemessen.

4. Bei der Beglaubigung der Unterschrift auf einer Vorrangseinräumungserklärung zu Gunsten eines Pfandrechtes ist als Bemessungsgrundlage der Wert des vortretenden Pfandrechtes maßgebend.

5. Die Firmazeichnung samt Unterschrift einerseits und die Unterfertigung der Anmeldung (§§ 12, 29 HGB) durch die Gesellschafter andererseits sind getrennte gebührenpflichtige Amtshandlungen.

6. Kann eine Unterschrift nur von mehreren Personen gemeinsam gegeben werden (Kollektivzeichnung), so ist nur die einfache Beglaubigungsgebühr nach Tarifpost 11 lit. a Z. 1 zu entrichten.

7. Für die Beglaubigung einer Unterschrift auf einer Urkunde, aus der sich der Wert des Gegenstandes nicht unmittelbar ergibt, ist die Gebühr nach Tarifpost 11 lit. a Z. 2 zu bemessen.

0267C

- 76 -

8. Bei Bemessung der Gebühr nach Tarifpost 11 lit. b wird eine angefangene Seite als voll gerechnet.

9. Für die Beglaubigung von Ziffernausweisen ist die doppelte Gebühr zu Tarifpost 11 lit. b zu entrichten.

10. Beglaubigungen von Unterschriften und Abschriften werden erst vorgenommen, wenn die Gebühr hierfür beigebracht wird.

0267C

F. Sonstige Geschäfte des außerstreitigenVerfahrens

Tarif- post	G e g e n s t a n d	Maßstab für die Gebührenbemessung	Höhe der Gebühren
12	P a u s c h a l g e b ü h r e n für folgende Verfahren:		
	a) 1. Verfahren über die Auf- teilung ehelichen Gebrauchs- vermögens und ehelicher Er- sparnisse (§§ 81 bis 96 Ehegesetz),		500 S
	2. Verfahren über die Schei- dung einer Ehe nach § 55a Ehegesetz,		500 S
	3. Annahme an Kindesstatt (§§ 179 ff ABGB);		500 S
	b) 1. Feststellung von An- sprüchen auf Heiratsgut oder Ausstattung,		200 S
	2. Verfahren zur Feststel- lung der Rechtsunwirksam- keit eines Anerkennnisses der Vaterschaft nach § 164 ABGB,		200 S

0267C

3. Verfahren zur Erneuerung oder Berichtigung der Grenzen (§§ 850 ff ABGB),	200 S	
4. Verfahren nach dem Land- pachtgesetz,	200 S	
5. Regelung der Rechte der Teilhaber einer gemein- schaftlichen Sache nach §§ 835, 836 ABGB,	200 S	
6. Verfahren über die Ab- geltung der Mitwirkung eines Ehegatten im Erwerb des anderen (§ 98 ABGB),	200 S	
7. Anträge auf Feststel- lung der Rechtmäßigkeit gesonderter Wohnungsnahme (§ 92 ABGB),	200 S	
c) 1. Volljährigerklärung (§§ 174, 251 ABGB),		100 S
2. Erklärung der Ehemündig- keit (§ 1 Abs. 2 Ehegesetz),	100 S	
3. Untersagung der Namens- führung des geschiedenen Ehe- mannes und der geschiedenen Frau (§ 65 Ehegesetz),	100 S	

4. Todeserklärung und Beweisführung des Todes,	100 S
5. Kraftloserklärung von Urkunden,	100 S
6. Verfahren vor dem Bezirksgericht nach dem Mietrechtsgesetz,	100 S
7. Einspruch des Gläubigers gegen die Vornahme eines Tausches von Grundstücken (§ 11 LiegTeilG),	100 S
8. Einräumung eines Notweges;	100 S
9. Gesuche zwecks Erlages bei der Verwahrungsabteilung;	100 S
d) 1. Freiwillige gerichtliche Schätzungen (§§ 267 ff AußStrG),	vom ermittelten Schätzwert 1,5 v.H.
2. freiwillige Feilbietungen, die vom Gerichte vorgenommen werden (§§ 267 ff AußStrG),	vom erzielten Preis 1,5 v.H.
3. Ermittlung der Entschädigung in Enteig-	vom ermittelten Entschä-

- 80 -

nungsfällen,	digungsbetrag	1,5 v.H.
4. Verfahren vor dem	vom Nennbetrag	
Handelsgericht Wien	des Wert-	
gemäß § 20 des Wert-	papiers	1,5 v.H.
papierbereinigungs-		
gesetzes.		

A n m e r k u n g e n

1. Die Pauschalgebühren nach Tarifpost 12 sind ohne Rücksicht darauf zu entrichten, ob der Antrag bewilligt, abgewiesen oder zurückgezogen wird.

2. Neben den Pauschalgebühren nach Tarifpost 12 sind keine weiteren Gerichtsgebühren zu entrichten; dies gilt auch dann, wenn ein Rechtsmittel erhoben wird.

0267C

IV. Strafverfahren auf Grund von Privatanklagen

Tarif- post	G e g e n s t a n d	Höhe der Gebühren
13	<p>E i n g a b e n g e - b ü h r e n</p> <p>a) Anträge des Privat- anklägers auf Einlei- tung des Strafverfah- rens;</p> <p>b) 1. Berufungen gegen Urteile der Gerichts- höfe, soweit sie nicht mit einer Nichtigkeits- beschwerde verbunden sind, und Berufungen gegen Urteile der Bezirksgerichte,</p> <p>2. Nichtigkeitsbe- schwerden.</p>	<p>600 S</p> <p>700 S</p> <p>800 S</p>

A n m e r k u n g e n

1. Neben den Eingabengebühren nach Tarifpost 13 sind
in Strafverfahren auf Grund von Privatanklagen keine

0267C

- 82 -

weiteren Gerichtsgebühren zu entrichten. In den Fällen, in denen eine Partei mehr als eine Protokollsabschrift begehrt, sind für die weiteren Protokollsabschriften Gerichtsgebühren nach Tarifpost 15 zu entrichten.

2. Die Eingabengebühren in Verfahren nach Tarifpost 13 sind ohne Rücksicht auf den Ausgang des Strafverfahrens zu entrichten.

3. Die Eingabengebühren nach Tarifpost 13 sind jeweils nur einmal zu entrichten; dies gilt auch dann, wenn infolge der Aufhebung der Entscheidung des Strafgerichtes das Verfahren fortgesetzt wird.

4. In den Fällen, in denen sich das Strafverfahren auf mehr als einen Beschuldigten bezieht oder wenn mehrere Privatankläger einschreiten, so ist für jeden weiteren Beschuldigten und für jeden weiteren Privatankläger ein Zuschlag von 10 v.H. zu der jeweiligen Eingabengebühr nach Tarifpost 13 zu entrichten.

5. Die Eingabengebühr nach Tarifpost 13 lit.b Z.1 ist in gleicher Höhe auch für Berufungsanmeldungen zu entrichten; in diesen Fällen entfällt eine Gebührenpflicht für die Einbringung einer Berufung.

6. Übernimmt der Staatsanwalt die Vertretung des Privatanklägers (§ 46 Abs. 4 StPO 1975), so haftet er nicht für die Gebühren des zahlungspflichtigen Privatanklägers.

0267C

7. Als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) haften mit den nach § 12 zahlungspflichtigen Personen die Bevollmächtigten und die gesetzlichen Vertreter für die Gebühren der von ihnen verfaßten und überreichten Eingaben.

V. Justizverwaltung

Tarif- post	G e g e n s t a n d	H ö h e d e r G e b ü h r e n
14	P a u s c h a l g e b ü h r e n :	
	1. für die Feststellung der gesetz- lichen Voraussetzungen für die Aner- kennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen (§ 24 der 4. Durchfüh- rungsverordnung zum Ehegesetz),	800 S
	2. für das Zeugnis über das in ÖSTERREICH geltende Recht (§ 282 AußStrG),	400 S
	3. für Zwischenbeglaubigungen von Urkunden für den Auslandsverkehr,	100 S
	4. für die Ausstellung der Unter- zeichnungsbestätigung (Apostille; § 3 Z. 2 BGBI. 28/1968),	100 S
	5. für die Eintragung in die Sachverständigen- oder Dol- metscherliste, einschließlich der Ausstellung des Ausweises (§§ 8, 14 SDG),	250 S
	6. für die Eintragung in die Liste der Verteidiger in Straf- sachen (§ 39 Abs.3 StPO 1975),	

- 85 -

einschließlich der Ausstellung

des Ausweises.

1.000 S

A n m e r k u n g e n

1. Die in der Tarifpost 14 Z. 3 bis 6 angeführten Amtshandlungen werden erst vorgenommen, wenn die Gebühr hierfür beigebracht wird.

2. Die Gebühr nach Tarifpost 14 Z. 3 ist nur einmal zu entrichten, auch wenn eine weitere Beglaubigung durch eine vorgesetzte Behörde erforderlich ist.

3. Für Rechtsmittel gegen Entscheidungen in Justizverwaltungsangelegenheiten ist keine Gebühr zu entrichten.

4. Neben den Gebühren nach Tarifpost 14 sind keine weiteren Justizverwaltungsgebühren zu entrichten.

0267C

- 86 -

VI. Gemeinsame Bestimmungen zu I bis V

Tarif- post	G e g e n s t a n d	Maßstab für die Gebührenbemessung	Höhe der Gebühren
15	G e b ü h r e n		
	a) für Abschriften (Duplikate, Abschriften aus der Urkundensamm- lung oder aus den Registerakten), die einer Partei aus- gestellt werden,	für jede Seite	10 S
	b) für Amtsbestätigun- gen (Zeugnisse), die einer Partei ausge- stellt werden.	für jede Seite	20 S

A n m e r k u n g e n

1. Beglaubigungen nach § 289 AuBStrG sind als
Amtsbestätigungen anzusehen.

2. Grundbuchsabschriften und Auszüge aus dem
Hinterlegungsmassebuch unterliegen der Gebühr nach
Tarifpost 9 lit.c; Abschriften aus dem Register
unterliegen der Gebühr nach Tarifpost 10 IV.

0267C

3. Gebührenfrei sind:

- a) die erste Ausfertigung einer Entscheidung oder eines Vergleiches, die einer Partei von Amts wegen oder auf Antrag erteilt wird;
- b) die erste Ausfertigung des Grundbuchsbeschlusses für jene Personen und Behörden, die nach den Zustellvorschriften (§§ 118 ff GBG 1955) zu verständigen sind;
- c) die erste Ausfertigung des Grundbuchsbeschlusses für den Bevollmächtigten (Vertreter) des Antragstellers;
- d) die Bestätigung der Vollstreckbarkeit auf der Ausfertigung des Exekutionstitels;
- e) die erste Abschrift eines Protokolls für jede der Parteien;
- f) Amtsbestätigungen, die dem Masseverwalter oder dem Ausgleichsverwalter erteilt werden;
- g) Amtsbestätigungen, die in Pflegschafts-, Sachwalterschafts- und Vormundschaftssachen sowie in Verlassenschaftssachen, in denen von Amts wegen keine Verlassenschaftsabhandlung stattfindet, ausgestellt werden;
- h) Abschriften aus gerichtlichen Akten oder Büchern, die von den Parteien selbst angefertigt werden;
- i) Abschriften (Duplikate, Abschriften aus der Urkundensammlung oder aus den Registerakten) und Amtsbestätigungen (Zeugnisse), die dem Staatsanwalt erteilt werden.

- 88 -

4. Für gerichtlich beglaubigte oder nicht beglaubigte Abschriften, die für einen bestimmten Zweck gebührenfrei erteilt werden, sind die Gebühren nachträglich zu entrichten, wenn die Abschrift zu einem anderen Zwecke verwendet wird. Die Befreiung und ihr Grund sind auf der Abschrift zu vermerken. Dies gilt sinngemäß für Auszüge aus den öffentlichen Büchern und Registern.

5. Wenn in Grundbuchsachen eine Urkundenabschrift für die Urkundensammlung herzustellen ist, ohne daß die Partei die hiezu erforderlichen Gerichtskostenmarken beigebracht hat, ist im Falle einer von Amts wegen stattfindenden Eintragung sowie in den Fällen, in denen eine Eintragung bei mehreren Grundbuchsgerichten erbeten wird (§ 90 letzter Satz GBG 1955) das Doppelte, wenn aber die Abschrift nur aus Anlaß des Einbindens der Urkundensammlung hergestellt werden muß, das Einfache der Gebühr nach Tarifpost 15 zu entrichten.

6. Abschriften (Duplikate, Abschriften aus der Urkundensammlung oder aus den Registerakten) und Amtsbestätigungen (Zeugnisse) werden erst ausgefertigt, wenn die Gebühr hierfür beigebracht wird.

0267C

Artikel IIÄnderungen des Gerichtlichen Einbringungsgesetzes 1962

Das Gerichtliche Einbringungsgesetz 1962, BGBl. Nr. 288, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 135/1983, wird geändert wie folgt:

1. § 1 hat zu lauten:

"§ 1. Das Gericht hat nachstehende Beträge von Amts wegen einzubringen:

1. Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren;
2. Geldstrafen aller Art, die von den Gerichten verhängt worden sind oder deren Einbringung nach besonderen Vorschriften den Gerichten obliegt, und von den Gerichten für verfallen erklärte Beträge, einschließlich von Haftungsbeträgen;
3. die Kosten des Strafverfahrens und des Strafvollzuges sowie der Unterbringung nach den § 21 Abs. 1 oder 2, § 22 oder § 23 StGB, sofern sie nicht für uneinbringlich erklärt worden sind;
4. die Kosten der Vollstreckung einer Arreststrafe (Haft), die von einem Gericht als Ordnungs-, Mutwillens- oder Zwangsstrafe (Zwangsmittel) oder nach der Verordnung, betreffend die Behandlung der Winkelschreiber, RGBL. Nr. 114/1857, zuletzt geändert durch das

0267C

- 90 -

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 91/1976, verhängt worden ist, sofern diese Kosten nicht von einer Partei vorschußweise berichtet worden sind;

5. in bürgerlichen Rechtssachen alle Kosten, die aus Amtsgeldern berichtet wurden, sofern sie von einer Partei zu ersetzen sind. Solche Kosten sind insbesondere:

a) die Kosten von Amtshandlungen außerhalb des Gerichtes,

b) die Vollzugs- und Wegegebühren der Gerichtsvollzieher und der gerichtlichen Zusteller;

c) die Gebühren der Zeugen, Sachverständigen, Dolmetsche und Beisitzer,

d) die Einschaltungskosten,

e) die anlässlich einer Beförderung oder Verwahrung von Personen, Tieren oder Sachen entstandenen Kosten, mit Ausnahme der Belohnung des Verwahrers;

6. die auf Grund besonderer Vorschriften aus Anlaß eines gerichtlichen Verfahrens für dritte Personen oder Stellen einzubringenden Beträge, insbesondere

a) die Belohnung des gerichtlichen Zwangsverwalters und die ihm rechtskräftig auferlegten Ersätze sowie die Belohnung des gerichtlich bestellten Verwahrers,

b) die gerichtlich bestimmten Gebühren der Notare für ihre Amtshandlungen, sofern der Notar um ihre Einhebung ersucht,

0267C

- 91 -

c) die Kosten der durch einen gerichtlich bestellten Revisor vorgenommenen Revision von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften;

7. in bürgerlichen Rechtssachen die Kosten, die von einer ausländischen Behörde aus Anlaß der Erledigung eines Zustellungs- oder Rechtshilfeersuchens getragen wurden, auch wenn sie der ersuchten Behörde nicht zu ersetzen sind, sofern sich diese Kosten aus den in Erledigung des Ersuchens übersendeten Akten ergeben."

2. § 1a hat zu lauten:

"§ 1a. (1) Ferner hat das Gericht nachstehende Beträge (Ausfertigungskosten) von Amts wegen einzubringen:

Gegenstand	Ausfertigungskosten
1. in allen mittels Klage einzuleitenden gerichtlichen Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen sowie in Verfahren über Nichtigkeitsbeschwerden gegen Erkenntnisse der Börsenschiedsgerichte und im Bestandverfahren,	
a) wenn das Begehren auf eine Geldsumme lautet, die 2.000 S nicht übersteigt,.....	80 S
b) in den übrigen Verfahren vor den Bezirksgerichten und den Arbeitsgerichten	150 S

0267C

- 92 -

c) in den Verfahren vor den Gerichtshöfen erster Instanz 200 S;

2. in Exekutionsverfahren auf das bewegliche Vermögen, zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen sowie in allen Exekutionsverfahren zur Sicherung und in Verfahren über einstweilige Verfügungen außerhalb eines Zivilprozesses,

a) wenn die Geldsumme, die hereinzubringen oder zu sichern ist, 2.000 S nicht übersteigt, .. 80 S

b) wenn eine Geldsumme hereinzubringen oder zu sichern ist, die zwar den Betrag von 2.000 S, nicht aber den im § 49 Abs. 1 JN genannten Betrag übersteigt, 150 S

c) in allen übrigen Fällen 200 S;

3. in Exekutionsverfahren auf das unbewegliche Vermögen

a) in den Fällen der zwangsweisen Pfandrechtsbegründung 150 S

b) in den übrigen Fällen 200 S;

4. in Verlassenschaftsverfahren, wenn eine Gebühr nach TP 8 des Tarifes zum GJGebG 1985 zu entrichten ist, 150 S;

5. in Grundbuchssachen und in Verfahren über die gerichtliche Hinterlegung von Urkunden zum

0267C

Erwerb dinglicher Rechte an nicht verbücherten
Liegenschaften und Bauwerken,

a) wenn eine Eintragung (die Hinterlegung
einer Urkunde zum Erwerb) des Eigentums-, des
Pfand-, des Bau- oder des
Wohnungseigentumsrechts begehrt wird, 150 S

b) wenn eine sonstige Eintragung (Hinter-
legung oder Einreihung) begehrt oder wenn ein
Antrag gestellt wird, der zu einer sonstigen Ein-
tragung (Hinterlegung oder Einreihung) führt, ... 80 S;

6. in Registersachen,

a) wenn eine nach TP 10 I, II des Tarifes zum
GJGebG 1985 gebührenpflichtige Eintragung be-
gehrt wird, 80 S

b) wenn eine nach TP 10 III des Tarifes zum
GJGebG 1985 gebührenpflichtige Eintragung be-
gehrt wird, 150 S;

7. in anderen außerstreitigen Verfahren,

a) wenn eine nach TP 12 lit. a, b oder c des
Tarifes zum GJGebG 1985 gebührenpflichtige
Amtshandlung begehrt wird, 80 S

b) wenn eine nach TP 12 lit. d des Tarifes
zum GJGebG 1985 gebührenpflichtige Amtshand-
lung begehrt wird, 200 S;

- 94 -

8. in Konkurs- und Ausgleichsverfahren für jede Eingabe sowie für Protokolle, die die Stelle einer Eingabe vertreten, für die die einschreitende Partei Gebühren nach TP 5 des Tarifes zum GJGebG 1985 zu entrichten hat 80 S.

(2) Die im Abs. 1 genannten Ausfertigungskosten sind, soweit im folgenden nichts anderes bestimmt wird, in Gerichtskostenmarken oder durch Verwendung von Freistempelabdrucke zu entrichten; zahlungspflichtig sind:

1. in den Fällen des Abs. 1 Z. 1 der Kläger (Antragsteller) mit der Überreichung der Klage (des Antrages);
2. in den Fällen des Abs. 1 Z. 2 und 3 der betreibende Gläubiger (die gefährdete Partei) mit der Überreichung des Antrages auf Bewilligung der Exekution oder der einstweiligen Verfügung;
3. in den Fällen des Abs. 1 Z. 4 derjenige, der die Pauschalgebühr zu entrichten hat, mit der Pauschalgebühr;
4. in den Fällen des Abs. 1 Z. 5 bis 7 der Antragsteller (Einschreiter) mit der Überreichung des Antrages;
5. in den Fällen des Abs. 1 Z. 8 der Einschreiter mit der Überreichung der gebührenpflichtigen Eingabe.

(3) Die im Abs. 1 genannten Ausfertigungskosten sind auch dann nur einmal zu entrichten, wenn das Verfahren von

0267C

-- 95 --

mehreren Personen eingeleitet oder gegen mehrere Personen geführt wird oder wenn in einem Verfahren über mehrere Anträge zu entscheiden ist. Ist in einem Verfahren über mehrere Anträge zu entscheiden, für die verschieden hohe Ausfertigungskosten vorgesehen sind, so ist der höhere Betrag einmal zu entrichten.

(4) Ob die für die Ermittlung der Ausfertigungskosten maßgebenden Geldsummen 2.000 S oder die im § 49 Abs. 1 JN genannten Beträge übersteigen, ist nach dem Zeitpunkt der Einbringung der Klage (des Antrags) zu beurteilen.

(5) Das Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetz 1985, BGBl. Nr., über die Art der Gebührenentrichtung (§ 4), über die Vorauszahlungspflicht (§§ 6 bis 9), über die Haftung mehrerer zahlungspflichtiger Personen zur ungeteilten Hand (§ 12 Abs. 4), über die Haftung dritter Personen (Anmerkung 2 zu TP 5 und Anmerkung 4 zu TP 9), über die Befreiung auf Grund der Verfahrenshilfe (§§ 13, 14), über die Wirkung dieser Befreiung auf andere am Verfahren beteiligte Personen (§ 17), über die Ersatzpflicht des Gegners (§ 25), über die Rückzahlung zu Unrecht entrichteter Beträge (§ 35) sowie über die Fehlbeträge (§ 36) ist auf die Ausfertigungskosten sinngemäß anzuwenden."

0267C

- 96 -

3. § 2 hat zu lauten:

"§ 2. (1) Die im § 1 Z. 5 genannten Kosten sind, sofern hierfür kein Kostenvorschuß (§ 3) erlegt wurde oder keine andere Regelung getroffen ist, aus Amtsgeldern zu berichtigen; diese und die im § 1 Z. 7 genannten Kosten sind dem Bund von der Partei zu ersetzen, die nach den bestehenden Vorschriften hiezu verpflichtet ist. Hierbei ist, wenn über die Kostenersatzpflicht der Parteien schon rechtskräftig entschieden worden ist, von dieser Entscheidung auszugehen. Mangels einer Vorschrift oder Entscheidung sind diese Beträge von denjenigen Beteiligten zu ersetzen, die sie veranlaßt haben oder in deren Interesse die Amtshandlung vorgenommen wurde. Mehrere Personen, die zum Ersatz desselben Betrages verpflichtet sind, haften zur ungeteilten Hand.

(2) Sind in bürgerlichen Rechtssachen die Kosten einer Amtshandlung, die den Betrag von 2.000 S übersteigen, aus Amtsgeldern zu berichtigen oder berichtet worden, so hat das Gericht (der Vorsitzende) mit der Auszahlungsanweisung oder, wenn die Auszahlung nicht vom Richter angeordnet wird, unverzüglich nach dieser Anweisung mit gesondertem Beschluß dem Grunde nach zu bestimmen, welche Partei in welchem Umfang diese Kosten nach Abs.1 zu ersetzen hat. Gegen diesen Beschluß ist der Rekurs zulässig.

0267C

(3) In den Fällen des § 70 ZPO ist der Gegner der zur Verfahrenshilfe zugelassenen Partei zum Ersatz der im § 1 Z. 5 genannten Kosten, die die Verfahrenshilfe genießende Partei zu entrichten gehabt hätte, nur verpflichtet, soweit ihm die Kosten des Rechtsstreites auferlegt sind oder soweit er die Kosten durch Vergleich übernommen hat. Im Zweifel ist die Hälfte der Kosten einzuheben."

4. Im § 3

- a) wird Abs. 2 aufgehoben und
- b) hat die Absatzbezeichnung "(1)" zu entfallen.

5. Im § 4 wird das Zitat "§ 1 Z. 7" durch das Zitat "§ 1 Z. 6" ersetzt.

6. Der Absatz 2 des § 5 hat zu lauten:

"(2) Der Absatz 1 gilt sinngemäß auch für Geldbeträge und bewegliche körperliche Sachen, die in die Verwahrung der gerichtlichen Gefangenenhäuser, Strafvollzugsanstalten oder Anstalten nach § 21 Abs. 1 oder 2, § 22 oder § 23 StGB genommen werden. Der Bundesminister für Justiz wird ermächtigt, durch Verordnung Eigengeldbeträge und bewegliche körperliche Sachen vom Zurückbehaltungsrecht zur Gänze oder zum Teil auszunehmen, wenn und insoweit dies im Interesse des Strafvollzuges gelegen oder

- 98 -

erforderlich ist, um den Verwahrungs- und Untersuchungshäftlingen, den Strafgefangenen oder den Untergebrachten die Möglichkeit zu sichern, von den ihnen in den einschlägigen Vorschriften zugestandenen Begünstigungen Gebrauch zu machen."

7. Der § 6 hat zu lauten:

"§ 6. (1) Wenn der Zahlungspflichtige die geschuldeten Beträge nicht sogleich erlegt oder diese nicht aus einem Kostenvorschuß berichtigt werden können, wird die Einbringung dieser Beträge von dem hiezu bestimmten Beamten des Gerichtes erster Instanz (Kostenbeamter) veranlaßt (Zahlungsauftrag). Der Zahlungsauftrag hat eine Aufstellung der geschuldeten Beträge und die Aufforderung zu enthalten, den Betrag binnen 14 Tagen bei Zwangsfolge einzuzahlen (Einhebung). Für die Einhebung ist vom Zahlungspflichtigen eine Einhebungsgebühr von 20 S zu entrichten. Der Zahlungsauftrag ist ein Exekutionstitel im Sinne der Exekutionsordnung.

(2) Der Zahlungsauftrag über die in der Anmerkung 4 zur Tarifpost 1 sowie der Anmerkung 3 zur Tarifpost 4 GJGebG 1985 bestimmten Gerichtsgebühren und Ausfertigungskosten ist erst dann zu erlassen, wenn die Zahlungserinnerung (§ 8 Abs. 1 GJGebG 1985) durch drei Monate nach ihrer Zustellung unbeachtet geblieben ist."

0267C

8. Im § 7

a) hat Abs. 1 zu lauten:

"(1) Gegen den Zahlungsauftrag ist ein Rechtsmittel nicht zulässig. Der Zahlungspflichtige kann aber, wenn er sich durch den Inhalt des Zahlungsauftrages beschwert erachtet, binnen 14 Tagen dessen Berichtigung verlangen. In Ansehung von Beträgen, die in Durchführung einer rechtskräftigen Entscheidung des Gerichtes in den Zahlungsauftrag aufgenommen wurden, gilt dies jedoch nur dann, wenn die Zahlungsfrist unrichtig bestimmt wurde oder wenn der Zahlungsauftrag der ihm zugrunde liegenden Entscheidung des Gerichtes nicht entspricht."

b) hat der erste Satz des Abs. 4 zu lauten:

"Eine Berichtigung des Zahlungsauftrages von Amts wegen kann ferner der mit der Überprüfung der Gebührenbestimmung namens des Bundes betraute Beamte (Revisor) innerhalb der Verjährungsfrist (§ 8) vornehmen."

c) tritt an die Stelle des Klammerzitates " (§ 29 GJGebGes. 1962)" das Klammerzitat " (§ 29 GJGebG 1985)".

9. Dem § 8 wird folgender Absatz angefügt:

"(3) Soweit fällige Gerichtsgebühren und Kosten durch eine bücherliche Eintragung gesichert sind, kann innerhalb

0267C

- 100 -

von dreißig Jahren nach erfolgter Eintragung gegen die Geltendmachung der durch das Pfandrecht gesicherten Forderung die seither eingetretene Verjährung der Beträge nicht eingewendet werden."

10. Im § 9

a) treten in den Abs. 1 und 2 an die Stelle der Beträge von 100.000 S die Beträge von 300.000 S;

b) tritt im Abs. 1 an die Stelle des Betrages von 10.000 S der Betrag von 30.000 S;

c) wird in Abs. 5 das Klammerzitat " (§ 1 Z. 7) " durch das Klammerzitat " (§ 1 Z. 6) " ersetzt.

11. Der § 11 hat zu lauten:

"§ 11. (1) Ist der Zahlungspflichtige säumig, so ist der geschuldete Betrag im Wege der gerichtlichen Zwangsvollstreckung durch die Einbringungsstelle beim Oberlandesgericht namens der Republik Österreich einzutreiben.

(2) Soll nicht nur Zwangsvollstreckung auf bewegliche körperliche Sachen (§§ 249 bis 289 EO) geführt werden, so kann die Einbringungsstelle die Finanzprokuratur ersuchen, die Exekution zu führen.

0267C

- 101 -

(3) Würde der geschuldete Betrag außer der Einhebungsgebühr die Wertgrenze von 50 S nicht übersteigen (Kleinbetrag), so hat die Erlassung eines Zahlungsauftrages zu unterbleiben und es ist von der Eintreibung abzusehen; diese Bestimmung ist jedoch auf Geldstrafen und auf solche Kleinbeträge nicht anzuwenden, die deshalb einzubringen sind, weil der Zahlungspflichtige die Schuld nicht zur Gänze berichtigt hat (Restbeträge).

(4) Lautet ein Zahlungsauftrag, der in das Ausland zuzustellen wäre, auf einen Betrag, der 400 S nicht übersteigt, so ist von der Zustellung des Zahlungsauftrages und der Eintreibung abzusehen."

12. Nach dem § 11 wird folgender § 11a eingefügt:

"§ 11a. Die Verwaltungsbehörden und die Gerichte sind verpflichtet, den in Vollziehung dieses Bundesgesetzes an sie ergehenden Ersuchen der Einbringungsstellen sowie der Kostenbeamten der Gerichte im Rahmen ihrer sachlichen und örtlichen Zuständigkeit zu entsprechen; in gleicher Weise haben auch die Sozialversicherungsträger (der Hauptverband) Verwaltungshilfe zu leisten."

0267C

- 102 -

13. Im § 12 Abs. 2 wird das Zitat "§ 7 StPO 1960" durch das Zitat "§ 7 StPO 1975" ersetzt.

14. Im § 13 Abs. 1 wird das Zitat "im § 1" durch das Zitat "in den §§ 1 und 1a" ersetzt.

Artikel III

Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes 1975

Der § 27 Abs.1 des Wohnungseigentumsgesetzes 1975, BGBl.Nr.417, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl.Nr.684/1982, hat zu lauten:

"(1) Für die im § 26 genannten Verfahren ist die in der Tarifpost 12 lit.c des Tarifes zum Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetz 1985 bestimmte Pauschalgebühr zu entrichten."

0267C

Artikel IV

S c h l u ß b e s t i m m u n g e n

A. Inkrafttreten und Aufhebungen

§ 1. (1) Dieses Bundesgesetz tritt mit dem 1. Jänner 1985 in Kraft.

(2) Durchführungsverordnungen können bereits vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes erlassen werden; sie dürfen jedoch frühestens mit 1. Jänner 1985 in Kraft treten.

(3) Die Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 18. Juli 1968, BGBl. Nr. 315/1968, über das Anbringen von Freistempelabdrucken zur Entrichtung der Gerichtsgebühren und Ausfertigungskosten sowie die vor dem 1. Jänner 1985 erteilten Genehmigungen zum Betrieb einer Freistempelmaschine gelten als Vollziehungsakte nach § 5 weiter.

(4) Soweit schon bisher Gesetze, Verordnungen und Erlässe eine Befreiung von den Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren vorsehen, bleiben diese Bestimmungen unberührt, sofern dieses Bundesgesetz keine andere Regelung trifft.

(5) Insoweit in anderen bundesgesetzlichen Rechtsvorschriften auf eine durch dieses Bundesgesetz

- 104 -

aufgehobene Rechtsvorschrift verwiesen wird, tritt an deren Stelle die entsprechende Bestimmung des vorliegenden Bundesgesetzes.

(6) Mit dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes tritt, soweit nicht § 1 anderes bestimmt, das Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetz 1962, BGBl. Nr. 289/1962, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl.Nr.566/1983, außer Kraft.

B. Übergangsbestimmungen

§ 2. (1) Dieses Bundesgesetz ist auf Verfahren anzuwenden, die nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes anhängig gemacht worden sind. Auf Verfahren, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bei Gericht beziehungsweise einer Justizverwaltungsbehörde anhängig sind, sind die bisherigen Vorschriften anzuwenden.

(2) Dieses Bundesgesetz - mit Ausnahme der Bestimmungen über die Vorauszahlungspflicht (§§ 6 bis 9) - ist auch auf Exekutionsverfahren anzuwenden, in denen nach dem 31.Dezember 1984 ein Antrag auf Fortsetzung der Exekution bei Gericht eingelangt ist.

(3) Wird in einem Exekutionsverfahren nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes die Fortsetzung der

0267C

- 105 -

Exekution beantragt, so unterliegt der erste nach dem 31. Dezember 1984 gestellte Fortsetzungsantrag der Pauschalgebühr nach Tarifpost 4. Für solche Anträge ist die Hälfte der Pauschalgebühr zu entrichten; die Bestimmungen über Fehlbeträge (§ 36) und über die Haftung der Bevollmächtigten und gesetzlichen Vertreter (Anmerkung 9 zur Tarifpost 4) sind in diesen Fällen auch für die in Tarifpost 4 lit. a angeführten Verfahren anzuwenden.

(4) In Pflegschafts- und Vormundschaftssachen sind die bisherigen Vorschriften jedoch nur auf Schriften und Amtshandlungen anzuwenden, für die die Gebührenpflicht vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes entstanden ist.

(5) In den Fällen, in denen auf Grund von Einwendungen gegen eine Aufkündigung ein zivilgerichtliches Verfahren eingeleitet worden ist, sind für dieses Verfahren die bis zum Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes geltenden Vorschriften dann weiterhin anzuwenden, wenn die Aufkündigung vor dem 1. Jänner 1985 bei Gericht eingebracht worden ist.

(6) Dieses Bundesgesetz ist auch auf Verfahren über Nichtigkeits- und Wiederaufnahmsklagen anzuwenden, in denen diese Klage nach dem 31. Dezember 1984 bei Gericht eingelangt ist; für das infolge der Nichtigklärung oder der Bewilligung der Wiederaufnahme durchzuführende Verfahren in der Hauptsache sind keine weiteren Gebühren zu entrichten.

0267C

- 106 -

(7) Auf Anträge auf Eintragung in die öffentlichen Register ist dieses Bundesgesetz anzuwenden, wenn der Antrag nach dem 31. Dezember 1984 bei Gericht eingelangt ist.

(8) Für Abschriften (Duplikate, Abschriften aus der Urkundensammlung oder aus den Registerakten) und Amtsbestätigungen (Zeugnisse), Grundbuchs- und Registerauszügen, die einer Partei ausgestellt werden, sind die Vorschriften dieses Bundesgesetzes nur dann anzuwenden, wenn der Antragsteller die Ausstellung der Urkunde nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes verlangt hat.

C. Vollziehung

§ 3. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen betraut.

0267C

- 107 -

E r l ä u t e r u n g e nAllgemeiner Teil

Mit der Entschließung des Nationalrates vom 2. Feber 1983, E 105 - NR/XV. GP, wurde die Bundesregierung ersucht, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage über eine Änderung des Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetzes vorzulegen, die vor allem eine Vereinfachung der Gebührenberechnung - allenfalls durch Pauschalierung (Phasenpauschalierung) der Gebührenbeträge - mit sich bringen soll; im übrigen sollte die Neuordnung dem Wunsch nach Rationalisierung und Transparenz Rechnung tragen und aufkommensneutral sein.

Eine Reform des Gerichtsgebührenrechtes hat auch der Rechnungshof in mehreren Tätigkeitsberichten vorgeschlagen; er hat u.a. empfohlen, Vereinfachungen bei den Gebühren in den Zivil- und Exekutionsverfahren und eine entsprechende Erhöhung der hierfür vorgesehenen festen Gerichtsgebühren - die zuletzt im Jahr 1968 (BGBl. Nr. 47/1968) den geänderten Preisverhältnissen angepaßt worden sind - in die Wege zu leiten.

Auch der Österreichische Rechtsanwaltskammertag und der Zentralausschuß für die sonstigen Bediensteten beim Bundesministerium für Justiz sind wiederholt für eine Vereinfachung der Gebührenberechnung eingetreten.

0469C

- 108 -

Im Sinn dieser Vorschläge geht der vorliegende Entwurf primär davon aus, daß die Gebührenberechnung durch die Einführung einer Pauschalierung für einzelne Abschnitte des zivilgerichtlichen Verfahrens vereinfacht werden soll, wodurch der Aufwand für alle Beteiligten (Gerichte, Parteien, Parteienvertreter, Einbringungsstellen) erheblich vermindert wird. Die Schwerpunkte des Reformvorhabens lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Vereinfachung der Gebührenberechnung durch Pauschalierung (Phasenpauschalierung) der Gebührenbeträge in Zivilprozessen und in Exekutionsverfahren. In Zivilprozessen soll für jede Instanz nur mehr eine einzige Gebühr entrichtet werden; hiedurch fällt die zeitraubende Nachprüfung, wie lange jede einzelne Verhandlung gedauert und welchen Umfang jeder einzelne Schriftsatz der Parteien gehabt hat, zur Gänze weg. In den Exekutionsverfahren soll es für das gesamte Verfahren in allen Instanzen nur noch eine Gebühr geben.

2. Abschaffung der Protokollgebühren in allen Verfahren, d.h. die Parteien müssen nicht mehr nach Ende jeder Verhandlung Gerichtskostenmarken besorgen; diese Tätigkeit hat schon im normalen Gerichtsbetrieb zu Schwierigkeiten geführt, zu noch größeren aber dann, wenn die Verhandlung außerhalb des Gerichtsgebäudes stattgefunden hat (Lokalaugenschein) oder wenn sie erst nach Dienstschluß beendet worden ist.

0469C

- 109 -

3. Einführung einer Vorschußverrechnung für Zivilprozesse und Exekutionsverfahren, die nicht das unbewegliche Vermögen betreffen, d.h. die Pauschalgebühren für diese Gerichtsverfahren müssen im vorhinein entrichtet werden; geschieht dies nicht, wird das Verfahren nicht eingeleitet. Besonders dringenden Fällen (Verfahren über einstweilige Verfügungen, Rechtsmittelverfahren) wird durch eine entsprechende Ausnahme von der Vorschußpflicht Rechnung getragen. Auch in den Fällen der Gebührenfreiheit gibt es naturgemäß keine Vorschußpflicht.

4. Einführung der Gebührenfreiheit von Vormundschafts-, Sachwalterschafts- und Pflugschaftsverfahren (ausgenommen Entscheidungen über Unterhaltsansprüche) im schutzwürdigen Interesse der Pflegebefohlenen. Der bisherige hohe Verwaltungsaufwand, der mit der Vorschreibung und Einbringung der Gebühren in diesen Verfahren verbunden war, steht in keinem Verhältnis zum Einbringungserfolg.

5. Feste Gebühren in Konkurs- und Ausgleichsverfahren, wodurch die bisherige umständliche Berechnung (Feststellung der Bemessungsgrundlage durch den Richter) wegfällt.

Finanzielle Auswirkungen

Jede Neuerung im Gebührenwesen bringt zwangsläufig auch Änderungen in der finanziellen Auswirkung mit sich;

0469C

- 110 -

um die gebührenrechtlichen Folgen, die die Umstellung von der Einzelverrechnung zur Pauschalverrechnung nach sich zieht, ungefähr abschätzen zu können, wurden deshalb zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfes Erhebungen bei den Gerichten über die Höhe der in den Zivilprozessen und Exekutionsverfahren bisher entrichteten Gerichtsgebühren vorgenommen. Die Ansätze in den einzelnen Tarifposten wurden im Sinn der Zielsetzung des Gesetzesvorhabens so gewählt, daß das Gerichtsgebührenaufkommen im wesentlichen gleich bleiben soll. Im übrigen wird durch die Vereinfachung der Gebührenberechnung sowie die Vorschußpflicht der Verwaltungsaufwand des Bundes wesentlich verringert, insbesondere werden Arbeitersparnisse bei den Kostenbeamten der Gerichte sowie den Einbringungsstellen eintreten.

Aufbau des Gesetzes

Der Entwurf gliedert sich in den Gesetzestext und den einen Bestandteil des Gesetzes bildenden Tarif, dem Anmerkungen beigegeben sind.

Besonderer Teil

Zum § 1.

In § 1 wird gegenüber dem bisherigen Recht klargestellt, daß die in diesem Gesetz vorgesehenen

0469C

- 111 -

Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren für die konkrete Inanspruchnahme der Tätigkeit der Gerichte und Justizverwaltungsbehörden (einschließlich der Behandlung der an diese gerichteten Eingaben) zu entrichten sind. Da dem Tarif und den dort enthaltenen Anmerkungen Gesetzeskraft zukommen soll, wurde bestimmt, daß der Tarif einen Bestandteil des Gesetzes bildet.

Zum § 2.

Die Bestimmung des § 2 über die Entstehung des Anspruches des Bundes auf die Gerichtsgebühren wurde zu einem wesentlichen Teil dem bisherigen Recht nachgebildet.

Durch die im § 6 vorgesehene Vorauszahlungspflicht war es notwendig auszusprechen, daß die Pauschalgebühren für das zivilgerichtliche Verfahren erster Instanz sowie für das Exekutionsverfahren bereits zu Beginn des Verfahrens - mit der Einbringung der ersten Eingabe (bei Protokollanträgen mit Beginn der Niederschrift) - fällig werden.

Die Bestimmungen über das Entstehen des Gebührenanspruches für das Rechtsmittelverfahren in Zivilprozessen (siehe Tarifpost 2 und 3) knüpfen an die bisherige Regelung über die Begründung des Gebührenanspruches für Rechtsmittelschriften an.

0469C

- 112 -

Da die Höhe der in einem Verlassenschaftsverfahren anfallenden Gerichtsgebühren erst mit der Beendigung des Verfahrens feststeht, wird entsprechend einer Anregung der Österreichischen Notariatskammer normiert, daß in Verlassenschaftsverfahren der Anspruch auf die Gebühren mit dem Zeitpunkt der Abgabe der Einantwortungsurkunde an die Geschäftsstelle zur Ausfertigung begründet wird (§ 2 Z.1 lit.g).

Auch in den in Tarifpost 12 lit.d angeführten außerstreitigen Verfahren steht die Höhe des Gebührenanspruches erst mit der Beendigung des Verfahrens fest; es erschien daher zweckmäßig, in diesen Fällen die Entstehung des Gebührenanspruches auf den Zeitpunkt der Beendigung des Verfahrens abzustellen (§ 2 Z.1 lit.i).

Die Bestimmung des § 2 Z.3 trägt dem Umstand Rechnung, daß dem Unterhaltsschuldner erst mit der Zustellung der Gerichtsentscheidung die ihm obliegenden Verpflichtungen - und damit auch die Bemessungsgrundlage für die Gerichtsgebühren - bekannt werden.

Infolge der Gleichartigkeit des rechtlichen Vorgangs bei Eintragungen in die öffentlichen Bücher und solchen in die Register wird im Gesetzesentwurf nunmehr für beide Fälle in gleicher Weise vorgesehen, daß der Gebührenanspruch mit der Vornahme der Eintragung begründet wird (§ 2 Z.4).

0469C

- 113 -

Die Vorschrift des § 2 Z.5 entspricht einem Vorschlag der Österreichischen Notariatskammer; sie dient der Anpassung an die Regelungen über die Entstehung der Gebührenpflicht bei Eintragungen in die öffentlichen Bücher (§ 2 Z.4).

Zum § 3.

Die Vorschrift, daß die in Zivilprozessen und Exekutionsverfahren zu entrichtende Pauschalgebühr - unabhängig vom Inhalt und Umfang des das betreffende Verfahren einleitenden Schriftsatzes - in allen Fällen nur einmal zu bezahlen ist, dient der Vereinfachung der Gebührenberechnung. Dadurch werden umständliche Nachprüfungen des Umfangs der Eingaben, wie sie nach dem bisherigen Recht notwendig waren, vermieden.

Die im § 3 Abs. 3 vorgesehene Regelung bezieht sich nur auf Amtshandlungen, in denen keine Pauschalgebühren anfallen.

Die Ersetzung der bisherigen Bogengebühr durch eine Seitengebühr entspricht einem Anliegen des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages und der Österreichischen Notariatskammer.

0469C

- 114 -

Zum § 4.

§ 4 zählt die verschiedenen Arten der Gebühren auf und bestimmt, auf welche Art die Gebühren zu entrichten sind.

Im Sinn der EntschlieÙung des Nationalrates vom 2. Februar 1983, E 105 - NR/XV. GP, sowie auf Grund des Wunsches des Österreicherischen Rechtsanwaltskammertages wird die Verwendung von Gerichtskostenmarken "zurückgedrängt" und die Möglichkeiten zur Entrichtung der Gebühren durch Überweisung auf das Konto des Gerichtes und Bareinzahlung beim Rechnungsführer erweitert.

Zu Abs. 2:

Soweit die Gebührenpflicht bereits von Anfang an feststeht, soll die Partei im Regelfall - von den im Abs. 3 angeführten Fällen abgesehen - die Möglichkeit haben, die Gebühren auch durch Überweisung auf das Konto des Gerichtes oder durch Bareinzahlung beim Rechnungsführer entrichten zu können. Zur Vereinfachung soll es zum Nachweis der Entrichtung der Gebühren genügen, den urschriftlichen Zahlungsbeleg dem Schriftsatz anzuschließen. Diese Regelung wurde dem § 168 Abs. 3 PatG nachgebildet. Zur Überprüfung der Entrichtung der Gerichtsgebühren ist aber die Vorlage des Original-Einzahlungsbeleges notwendig, der auf dem Schriftsatz zu befestigen ist; Sammelüberweisungen sind unzulässig, weil die Zuordnung eines Betrages zu verschiedenen Gerichtsakten mit großen Schwierigkeiten verbunden wäre.

0469C

- 115 -

Zu Abs.3:

Bloß in den Fällen, in denen eine Partei vom Gericht die Ausstellung einer öffentlichen Urkunde begehrt sowie in den in Tarifpost 14 Z.3 bis 6 angeführten Justizverwaltungsangelegenheiten kann aus technischen Gründen - zur Vermeidung eines unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwandes - auf die Verwendung von Gerichtskostenmarken nicht verzichtet werden.

Zu Abs.4:

Die Regelung des Abs.4, die zur Anwendung kommt, wenn der Gebührenanspruch nicht bereits von Anfang an (zu Beginn des Verfahrens beziehungsweise bei Überreichung der Eingabe) begründet wird, trägt dem Umstand Rechnung, daß in diesen Fällen bereits das Aktenzeichen der Gerichtssache bekannt ist; durch die Angabe des Aktenzeichens wird dem Gericht die Verbuchung der Gebühren wesentlich erleichtert.

Die Bestimmung des Abs.5 soll eine ausreichende Überprüfung der Beibringung der Gerichtsgebühren und Ausfertigungskosten sicherstellen.

Zum § 5.

§ 5 entspricht der bisherigen Regelung (siehe § 4 Abs.4 GJGebGes.1962).

0469C

Zum § 6.

Eines der primären Ziele des Gesetzesentwurfes ist es, daß die Pauschalgebühren für die zivilgerichtlichen Verfahren und die in den in Tarifpost 4 lit.a angeführten Exekutionsverfahren vorweg - vor Beginn des Verfahrens - entrichtet werden müssen. Hiedurch wird eine erhebliche Entlastung der mit der Einbringung der Gerichtsgebühren befaßten Behörden bewirkt.

Die Verjährung wird durch die Einbringung der Klage und die gehörige Fortsetzung des Verfahrens unterbrochen (§ 1497 ABGB). "Nicht gehörige Fortsetzung" bedeutet beharrliche Nichtbetätigung des Klägers, wobei es nicht auf die Dauer der Untätigkeit, sondern darauf ankommt, ob die Untätigkeit gerechtfertigt war. Für den Fall, daß die Klage noch innerhalb der Verjährungsfrist bei Gericht eingelangt ist, ist in diesem Sinn eine "gehörige Fortsetzung der Klage" auch dann anzunehmen, wenn die Zustellung der Klage an den Beklagten zwar erst nach Ablauf der Verjährungsfrist vorgenommen wird, dies aber deshalb geschieht, weil der Kläger vom Beschwerderecht gegen die Zahlungserinnerung (§ 10) Gebrauch gemacht hat. Gegen die Entscheidung des Vorstehers des Gerichtes (Präsident des Gerichtshofes erster Instanz) im Verfahren nach § 10 kann Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof oder Verwaltungsgerichtshof erhoben werden. Die Klage wäre in diesem Fall als "gehörig fortgesetzt" anzusehen, wenn der

0469C

- 117 -

Beschwerde vom Höchstgericht aufschiebende Wirkung zuerkannt wird.

Die Vorauszahlungspflicht gilt auch bei Erweiterung des Klagebegehrens im Zuge des Verfahrens (§ 235 ZPO); da in diesen Fällen als Sanktion für die Nichterfüllung dieser Pflicht die Unterlassung der Zustellung der Klage an den Verfahrensgegner nicht in Betracht kommt, wird vorgesehen, daß die Klagserweiterung solange nicht rechtswirksam ist, bis die allenfalls aufgelaufenen zusätzlichen Pauschalgebühren entrichtet werden. Zur Vermeidung von Verfahrensverzögerungen sieht der Entwurf vor, daß die im Zeitpunkt der Erweiterung begonnene Tagsatzung jedenfalls fortzusetzen ist.

Da sich Schwierigkeiten bei der Löschung der Bleistiftmarke (§ 103 GV) ergeben könnten, wenn dem betreibenden Gläubiger, der die Pauschalgebühr nicht entrichtet hat, die Zahlungserinnerung (§ 8) nicht zugestellt werden kann, wird davon abgesehen, auch die Exekutionsverfahren auf das unbewegliche Vermögen der Vorauszahlungspflicht zu unterwerfen.

Anträge auf Erlassung von einstweiligen Verfügungen sind besonders dringlich zu erledigen; es wird daher in diesen Verfahren von der Pflicht zur Vorauszahlung der Pauschalgebühr abgesehen.

0469C

- 118 -

Zum § 7.

Durch die in § 7 normierte Überprüfungspflicht des Kostenbeamten oder Leiters der Geschäftsabteilung wird die Einhaltung der Vorauszahlungspflicht gemäß § 6 gewährleistet.

Zum § 8.

Infolge der im § 6 vorgesehenen Sanktion für den Fall der Nichterfüllung der Vorauszahlungspflicht ist eine Regelung geboten, die bestimmt, daß der Antragsteller (Kläger, betreibender Gläubiger) zur Nachentrichtung von Fehlbeträgen aufgefordert werden muß; hiedurch erhält dieser davon Kenntnis, daß er durch Begleichung der noch ausstehenden Gebühren (Ausfertigungskosten) das Verfahren fortsetzen kann.

Zum § 9.

Die § 9 Z.1 und 2 enthaltenen Ausnahmen von der Vorauszahlungspflicht (§ 6) nehmen auf die Fälle des Vorliegens eines Gebührenbefreiungstatbestandes Bedacht.

Da Verfahren zur Erlassung einstweiliger Verfügungen außerhalb eines Zivilprozesses in der Regel dringlich zu behandeln sind, werden auch diese Verfahren von der Vorauszahlungspflicht ausgenommen.

0469C

Zum § 10.

Zur Bekämpfung ungerechtfertigter Zahlungserinnerungen wird dem Antragsteller (Kläger, betreibender Gläubiger) durch § 10 die Möglichkeit gegeben, eine Beschwerdeinstanz anzurufen.

Zu den §§ 11 und 12.

Die §§ 11 und 12 über die Bemessungsgrundlage und die Zahlungspflicht entsprechen im wesentlichen dem bisherigen Recht (siehe §§ 5 und 6 GJGebGes. 1962).

Zu §§ 13 bis 18 (Gebührenbefreiungen).

Der Gesetzesentwurf unterscheidet ebenso wie das GJGebGes. 1962 zwischen persönlicher und sachlicher Gebührenfreiheit. Erstere steht einer bestimmten Person zu; die sachliche Gebührenfreiheit kommt dem Verfahren als solchem zu und erstreckt sich daher auf alle am Verfahren beteiligten Personen. Der Unterschied zwischen den beiden Arten von Befreiungen liegt darin, daß die sachliche Befreiung generell den Ausfall einer Gebühr bewirkt, die persönliche dagegen nur den befreiten Personen zustatten kommt, so daß in diesen Fällen eine Einbringung der

- 120 -

betreffenden Gebühr bei den anderen Parteien des Verfahrens, die nicht persönlich gebührenbefreit sind, stattfindet.

§ 13 Abs.2, § 15 Z.3 und § 18 wurden gegenüber dem bisherigen Recht insoweit ergänzt, als unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des GUG Abschriften, für die gemäß § 29 Abs.1 GUG eine Duplikatsgebühr zu entrichten ist, den Grundbuchs- und Registerauszügen gleichgestellt worden sind.

§ 15, der die persönliche Gebührenfreiheit aus anderen Gründen als denen der Verfahrenshilfe regelt, erstreckt sich nur auf die Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren, nicht aber auch auf Kosten.

Durch den Hinweis im § 15 Z. 1 auf das Bundesfinanzgesetz ist der Kreis jener Bundesbetriebe, denen Gebührenfreiheit zukommt, abgegrenzt, da diese Betriebe im Bundesfinanzgesetz namentlich angeführt sind.

Die Anwendung der den übrigen Gebietskörperschaften (Länder, Gemeinden) durch § 15 Z. 2 eingeräumten persönlichen Gebührenbefreiung setzt voraus, daß die Gebietskörperschaft eine Tätigkeit entfaltet, zu der sie in Besorgung ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben verpflichtet ist; hingegen ist die Anerkennung der Gebührenfreiheit nach § 15 Z. 2 zu verneinen, wenn die Tätigkeit außerhalb dieses Aufgabenbereiches liegt und in das Belieben der Gebietskörperschaft gestellt ist (vgl. VwGH 25. 2. 1963, Z. 513/61, SlgNF 2809/F).

0469C

- 121 -

In diesem Sinn gehören nach der herrschenden Judikatur zum öffentlich-rechtlichen Wirkungskreis der Gebietskörperschaften u.a.: die Errichtung, die Erhaltung und der Betrieb einer öffentlichen Krankenanstalt; die Einbringung der Verpflegskosten, die durch die Aufnahme eines Pfleglings in einem Landeskrankenhaus erwachsen; die Führung einer Landeserziehungsanstalt; der Ankauf einer Liegenschaft zur Errichtung eines Amtsgebäudes; der Ankauf einer Liegenschaft durch eine Gebietskörperschaft zur Weiterführung einer Schule; der Ankauf einer Liegenschaft durch eine Gemeinde zur Erweiterung des Friedhofes; der Ankauf von Liegenschaften zur Schaffung von Wegen und Straßen; Maßnahmen zur Erhaltung der Straßen und Wege in tatsächlicher (faktische Instandhaltung) und rechtlicher Hinsicht (Geltendmachung des Rechtes der Benützung); die Errichtung und Erhaltung eines öffentlichen Kindergartens.

Im übrigen kommt auch den Sozialhilfeverbänden die persönliche Gebührenfreiheit nach § 15 Z. 2 zu.

Hingegen ist der öffentlich-rechtliche Wirkungskreis u.a. bei folgenden Tätigkeiten zu verneinen: für den Ankauf eines Miethauses zur Unterbringung von Landesbeamten; für die Errichtung von Wohnhäusern, Lagerhäusern oder Theatergebäuden; die Annahme einer der Gebietskörperschaft zu wohltätigen Zwecken ausgesetzten Erbschaft; für den Grundankauf für ein öffentliches Bad; für den Grundankauf zur Anlegung eines Camping-Platzes;

0469C

- 122 -

für den Arbeitsgerichtsprozeß eines Vertragsbediensteten gegen ein Land.

Durch das Gebot des § 15 Z. 2, daß die Gebührenfreiheit unter Hinweis auf die gesetzliche Grundlage in Anspruch genommen werden muß, wird der Kostenbeamte in die Lage versetzt, die Voraussetzungen für die Gebührenfreiheit zu prüfen.

§ 15 Z. 4 bis 6 entsprechen im wesentlichen dem bisherigen Recht (§ 10 Z. 4 bis 6 GJGebGes. 1962).

Zum § 16.

§ 16 entspricht dem bisherigen Recht (siehe § 38 GJGebGes. 1962). Der Gesetzesentwurf sieht im Strafverfahren auf Grund von Privatanklagen nur noch Eingabengebühren vor; es entfällt daher die Entrichtung von Protokoll- und Urteilsgebühren, wie sie in den früheren §§ 34 bis 37 GJGebGes. 1962 normiert war.

Zum § 17.

§ 17 entspricht dem bisherigen Recht (§ 11 GJGebGes. 1962).

0469C

Zum § 18.

Die Bestimmung des § 18 wurde in formeller Hinsicht dem § 15 Z. 3 insoferne angeglichen als auch die sachliche Befreiung in der Eingabe, bei Aufnahme des Protokolles oder Vornahme einer sonstigen Amtshandlung unter Hinweis auf die gesetzliche Grundlage in Anspruch zu nehmen ist. Im übrigen gilt das zum § 15 Z. 3 Gesagte sinngemäß.

Zum § 19.

Gebührenrechtlich ist im Zivilprozeß von folgenden Bewertungsgrundsätzen auszugehen:

Für Streitigkeiten, die in den §§ 20 Abs.1 und 21 angeführt sind, gelten die dort angegebenen (sogenannten bindenden) Bemessungsgrundlagen. Ist keine dieser Streitigkeiten gegeben, so sind für die Ermittlung der Bemessungsgrundlage die Bestimmungen der §§ 54 bis 60 JN anzuwenden. Fehlt eine Bewertung und läßt sich der Streitwert nicht nach den angeführten Bestimmungen ermitteln, so ist die Bewertung nach § 22 vorzunehmen, d.h. der Berechnung der Gerichtsgebühren ist dann der für das jeweilige Verfahren geltende Zweifelsstreitwert nach § 22 zugrunde zu legen.

0469C

Zum § 20.

§ 20 Abs. 1 entspricht dem bisherigen Recht (§ 14 Abs. 1 GJGebGes. 1962).

Die Bestimmung des § 20 Abs. 2, daß in den Fällen, in denen von einer einzelnen Partei oder von Streitgenossen mehrere Ansprüche in einem Zivilprozeß geltend gemacht werden, der Berechnung der Gerichtsgebühren die Summe der geltend gemachten Ansprüche zugrunde zu legen ist, dient der Vereinfachung der Feststellung der Bemessungsgrundlage. Mit dieser Regelung wurde einer Anregung des Obersten Gerichtshofes Rechnung getragen.

§ 20 Abs. 3 wurde der durch die Zivilverfahrens-Novelle 1983 neu gestalteten Bestimmung des § 55 JN angepaßt.

§ 20 Abs. 4 sieht anders als das bisherige Recht nur noch eine Bemessungsgrundlage für einstweilige Verfügungen außerhalb eines Zivilprozesses vor; wird hingegen ein Antrag auf Erlassung einer einstweiligen Verfügung im Zuge eines Zivilprozesses (entweder gleichzeitig mit der Klage oder während des Verfahrens) gestellt, so sind hiefür keine weiteren Gerichtsgebühren vorgesehen, weil in diesen Fällen mit der für die Klage zu bezahlenden Pauschalgebühr nach Tarifpost 1 auch die Gebühren des Verfahrens zur

0469C

- 125 -

Erlassung einer einstweiligen Verfügung abgegolten sein sollen; eine Erhöhung des Streitwertes tritt - anders wie nach den § 14 Abs. 3 GJGebGes 1962 - hiedurch nicht ein.

§ 20 Abs. 5 entspricht dem bisherigen Recht (§ 14 Abs. 4 GJGebGes. 1962).

Zum § 21.

Um die Ermittlung der Höhe der Pauschalgebühren für alle Beteiligten zu erleichtern, sieht § 21 für einzelne Streitigkeiten, die nicht Geldansprüche betreffen und bei denen ansonsten die Bewertung unverhältnismäßig schwierig wäre, feste (bindende) Bemessungsgrundlagen vor. Gegenüber dem bisherigen Recht wurden die angeführten Fälle in zwei Gruppen neu gegliedert und die bindenden Bemessungsgrundlagen - die zuletzt im Jahre 1968 (BGBl. Nr. 47/1968) festgesetzt worden sind - den geänderten Verhältnissen angepaßt; darüber hinaus wurden zur Vereinfachung der Bewertung Streitigkeiten über Oppositions- (§ 35 EO), Impugnations- (§ 36 EO) und Exszindierungsklagen (§ 37 EO) in den Katalog des § 21 miteinbezogen.

0469C

- 126 -

Zum § 22.

Fehlt eine Bewertung und läßt sich der Streitwert nicht ermitteln, so ist der Zweifelsstreitwert des § 22 heranzuziehen. Da die im § 16 GJGebGes. 1962 angeführten Bemessungsgrundlagen seit 1. 2. 1968 unverändert geblieben sind (BGBl. Nr. 47/1968), war es geboten, diese Beträge den derzeitigen Verhältnissen anzupassen.

Zum § 23.

Die im § 23 enthaltenen Änderungen gegenüber dem bisherigen Recht (§ 18 GJGebGes. 1962) sind durch die Einführung des Pauschalgebührensystems in den Zivilprozessen notwendig geworden; in diesem Zusammenhang ist die neue Regelung des § 23 Abs. 2 Z. 2 hervorzuheben, daß bei Erweiterung des Klagebegehrens die Pauschalgebühr unter Zugrundelegung des geänderten Streitwertes und unter Einrechnung der bereits bei Klagseinbringung entrichteten Pauschalgebühr neu zu berechnen ist.

Die Bestimmung des Abs. 3 ist auf die Einführung der Phasenpauschalierung in Zivilprozessen zurückzuführen; dieses System muß, um Mißbräuche zu vermeiden, immer so angelegt werden, daß sich die Bemessungsgrundlage nach dem höchsten innerhalb einer Phase geltend gemachten Anspruch richtet.

0469C

Zum § 24.

§ 24 entspricht zu einem wesentlichen Teil dem früheren Recht (§ 17 GJGebGes. 1962); die im Abs. 3 gegenüber dem bisherigen Recht vorgenommene Änderung, daß im Falle der Einschränkung des Exekutionsverfahrens auf einen Teil des vollstreckbaren oder zu sichernden Anspruches die Bemessungsgrundlage gleichbleibt, trägt der Einführung des Pauschalgebührensyste.ms im Exekutionsverfahren Rechnung (für das gesamte Verfahren ist nur eine Gebühr vorgesehen), das an die Verhältnisse im Zeitpunkt der Überreichung des Exekutionsantrages anknüpft (§ 2 Z. 2 lit. e).

Zum § 25.

§ 25 regelt die Zahlungspflicht des Gegners der gebührenbefreiten Partei. Diese Bestimmung ist im wesentlichen dem § 20 sowie dem § 19 Abs. 4 bis 6 GJGebGes. 1962 nachgebildet. Neu ist die Vorschrift des Abs. 4; hiedurch soll den Fällen Rechnung getragen werden, in denen der Exekutionstitel nachträglich für ungültig erkannt, aufgehoben oder für unwirksam erklärt worden ist (§ 39 Abs. 1 Z. 1 und 9 EO).

- 128 -

Zum § 26.

§ 26 entspricht dem bisherigen Recht (vgl. § 24 GJGebGes. 1962).

Da der Gesetzesentwurf nunmehr feste Pauschalgebühren für die Konkurs- und Ausgleichsverfahren vorsieht (siehe Tarifpost 6), entfallen die früheren §§ 21 bis 23 und § 26 GJGebGes. 1962 betreffend die Feststellung der Berechnungsgrundlage durch das Konkurs- oder Ausgleichsgericht ersatzlos.

Zum § 27.

§ 27 entspricht der bisherigen Regelung (§ 27 GJGebGes. 1962). Maßgebend für die Bemessungsgrundlage im Verlassenschaftsverfahren ist der reine Nachlaßwert, der vom Verlassenschaftsgericht anerkannt und der Abhandlung zugrunde gelegt worden ist; falls aber das Gericht ausnahmsweise einen reinen Nachlaßwert weder anerkannt noch festgestellt hat, muß nach den Grundsätzen des § 7 ABGB auf verwandte Bewertungsvorschriften Bedacht genommen werden; hiefür kommen vor allem die Bestimmungen der §§ 2 bis 17 BewG 1955 in Betracht.

0469C

- 129 -

Zahlungspflichtig für die Pauschalgebühr sind die Erben; zur Vermeidung von Härten ist aber ein Regreßanspruch der Erben gegen die Vermächtnisnehmer und Noterben vorgesehen.

Zum § 28.

§ 28 regelt die Zahlungspflicht für Eintragungsgebühren in Grundbuchssachen und entspricht inhaltlich im wesentlichen dem bisherigen § 28 GJGebGes. 1962; im Entwurf wurde darüber hinaus zur Vermeidung von unbilligen Härtefällen noch normiert, daß in den Fällen, in denen die nach § 38 lit. c GBG 1955 erwirkte Pfandrechtsvormerkung nachträglich nach § 39 Abs.1 Z.1 oder 9 EO wieder gelöscht wird - etwa weil der der Grundbucheintragung zugrunde liegende Abgabenbescheid der Finanzbehörde (Sicherstellungsauftrag) im Rechtsmittelweg behoben worden ist -, die Zahlungspflicht zu entfallen hat; allenfalls bereits entrichtete Gerichtsgebühren sind zurückzuzahlen. Durch die neue Bestimmung des Abs. 3 wurde im Sinne einer Anregung des Bundesministeriums für Finanzen auch auf die Fälle einer Einschränkung gemäß § 41 Abs. 2 EO Bedacht genommen.

0469C

- 130 -

Zum § 29.

§ 29, der Bestimmungen über die Wertberechnung für die Eintragungsgebühr enthält, entspricht im wesentlichen dem bisherigen § 29 GJGebGes.1962. Einer Eintragungsgebühr unterliegen Eintragungen zum Erwerb des Eigentums und des Pfandrechtes; infolge der Gleichartigkeit des Vorganges bei Eintragungen des Baurechtes mit der Verbücherung des Eigentumsrechtes unterwirft darüber hinaus der Entwurf auch die Baurechtseintragungen der Gebührenpflicht.

Bei der vom Finanzamt bei Eigentums- und Baurechtsübertragungen auszustellenden Unbedenklichkeitsbescheinigungen handelt es sich um keine bescheidmäßige Festsetzung der Bemessungsgrundlage für die Eintragungsgebühr, sondern um eine bloße Mitteilung, die es dem Kostenbeamten grundsätzlich ersparen soll, eigene Berechnungen über den der Grunderwerbsteuer bzw. der Erbschafts- oder Schenkungssteuer zugrunde zu legenden Betrag anzustellen (§ 160 Abs.1 BAO).

Das Finanzamt hat die in der Unbedenklichkeitsbescheinigung angegebene Bemessungsgrundlage zu berichtigen, wenn sich ihre Unrichtigkeit herausstellt. Die Entscheidung, wie hoch die Bemessungsgrundlage für die Eintragungsgebühr ist, haben aber in allen Fällen die mit der Einbringung der Eintragungsgebühr betrauten Justizverwaltungsstellen zu treffen. Auch die Berichtigung der angegebenen

0469C

- 131 -

Bemessungsgrundlage durch das Finanzamt ist, wie die Angabe der Bemessungsgrundlage in der Unbedenklichkeitsbescheinigung selbst, dazu geeignet, um den mit der Einhebung der Eintragungsgebühr betrauten Justizverwaltungsstellen die Entscheidung zu erleichtern. Eine Bindung wird nur in den Fällen gegeben sein, in denen die Bemessungsgrundlage im abgabenbehördlichen (Rechtsmittel-) Verfahren bescheidmäßig festgesetzt wird. Für den Fall einer Änderung (Berichtigung) der in der Unbedenklichkeitsbescheinigung angegebenen Bemessungsgrundlage auf Grund der Ergebnisse eines der Grunderwerb-, die Erbschafts- oder die Schenkungssteuer betreffenden abgabenbehördlichen Verfahrens ist eine Neubemessung der Eintragungsgebühr von Amts wegen durch den Kostenbeamten des Gerichtes vorgesehen (§ 29 Abs. 1 vorletzter Satz).

Der Zahlungspflichtige kann die Unrichtigkeit der in der Unbedenklichkeitsbescheinigung angegebenen Bemessungsgrundlage geltend machen: a) im abgabenbehördlichen Rechtsmittelverfahren; b) durch eine entsprechende (formlose) Anregung beim Kostenbeamten vor der Vorschreibung der Eintragungsgebühr mittels Zahlungsauftrages (§ 6 GEG 1962) oder c) im Berichtigungsantrag (§ 7 Abs.1 GEG 1962). Die Unrichtigkeit einer solchen Angabe kann überdies auch von Amts wegen, und zwar sowohl zugunsten als auch zuungunsten des Zahlungspflichtigen, wahrgenommen werden.

0469C

- 132 -

§ 29 Abs. 2 bis 4 entspricht dem bisherigen Recht. Zu § 29 Abs. 2 ist im übrigen festzuhalten, daß die Bemessungsgrundlage von Pfandrechten, die weder einen Nennbetrag noch einen Höchstbetrag haben, nach dem BewG 1955 zu ermitteln ist.

Zum § 30.

§ 30 Abs. 1 und 2 sind im wesentlichen dem bisherigen Recht (§ 30 Abs. 1 und 3 GJGebGes. 1962) nachgebildet; aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit wurde der Inhalt des bisherigen § 30 Abs. 2 GJGebGes. 1962 in die Anmerkungen zur Tarifpost 7 transferiert.

Neu ist die Regelung des § 30 Abs. 3, daß den Antragsteller die Zahlungspflicht für einen Unterhaltsherabsetzungsantrag in jenen Fällen trifft, in denen er mit seinem Begehren auch nur zum Teil erfolglos geblieben ist.

Zu den §§ 31 bis 34.

Diese Vorschriften entsprechen inhaltlich im wesentlichen den bisherigen Regelungen (siehe §§ 31 bis 33 und § 40 GJGebGes. 1962).

0469C

- 133 -

Zum § 35.

Die Bestimmung des § 35 ist im wesentlichen dem § 41 GJGebGes. 1962 nachgebildet. Die in Abs. 1 des § 35 vorgenommenen Änderungen gegenüber dem bisherigen Recht sind auf die Neufassung der Vorschriften über die Entstehung der Gebührenpflicht (§ 2) und die Neueinführung des Pauschalgebührens systems zurückzuführen.

Die im Abs. 2 zur Rückzahlung von Gebühren geforderte Voraussetzung "ohne Aufforderung" ist dann gegeben, wenn keine Zahlungsaufforderung (GeoForm 51) oder kein Zahlungsauftrag ergangen ist.

Der neue Abs. 3 folgt der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes (vgl. VwGH 1. 7. 1953, Z. 348, 1028/52, SlgNF 794/F). Die Entscheidung des Gerichtshofpräsidenten, die von Amts wegen herbeigeführt wird, wenn der Kostenbeamte den Rückzahlungsantrag nicht für begründet hält, ist keine Rechtsmittelentscheidung.

0469C

- 134 -

Zum § 36.

Zur Sicherung des Gebührenaufkommens und zur Vermeidung des mit der Vorschreibung und Einhebung von Gerichtsgebühren verbundenen (erheblichen) Verwaltungsaufwandes sieht § 36 des vorliegenden Entwurfes vor, daß in den Fällen, in denen eine Vorauszahlungspflicht nach § 6 nicht besteht und eine Gerichtsgebühr nicht oder nicht vollständig entrichtet worden ist, die zur Zahlung der Gebühr verpflichteten Personen den fehlenden Gebührenbetrag im eineinhalbfachen Ausmaß zu entrichten haben.

Zum § 37.

§ 37 ist die Folgebestimmung des § 4 Abs. 3 sowie des § 40 Abs. 1 zweiter Satz GJGebGes. 1962.

Die Bestimmungen des Tarifes

Den zweiten Teil des Gesetzes bildet der Tarif samt den zu ihm gehörenden Anmerkungen. Er gliedert sich in die Hauptabschnitte I bis VI. Die Abschnitte I bis V enthalten die Gebühren für die einzelnen Verfahrensarten, der Abschnitt VI behandelt gemeinsame Gebühren.

0469C

Abschnitt I regelt die Pauschalgebühren im zivilgerichtlichen Verfahren (einschließlich Rechtsmittelverfahren zweiter und dritter Instanz) und im Exekutionsverfahren auf das bewegliche und unbewegliche Vermögen.

Tarifpost 1 normiert eine Pauschalgebühr für das gesamte zivilgerichtliche Verfahren erster Instanz. Nach der bisherigen Rechtslage ist für jede Eingabe (Schriftsatz), jedes Protokoll über eine Verhandlung (abgestuft nach deren Dauer) für Entscheidungen in Zivilprozessen in der Hauptsache und für Vergleiche eine gesonderte Gebühr zu entrichten; an deren Stelle tritt nunmehr eine (Pauschal-)Gebühr; weitere Einzelgebühren fallen daneben im Anwendungsbereich der Tarifpost 1 nicht mehr an; nur in Zivilprozessen sind für die Rechtsmittelverfahren weitere Gebühren zu entrichten (Tarifpost 2, 3).

Zu Anmerkung 4 ist festzuhalten, daß im Fall der Nichtentrichtung oder nicht vollständigen Entrichtung der Gerichtsgebühren (Ausfertigungskosten) die Zahlungserinnerung (§ 8) über den gesamten (Fehl-)Betrag, abzüglich bereits geleisteter Zahlungen, zu ergehen hat, wie sich dieser Betrag aus den Ansätzen der Tarifpost 1 beziehungsweise aus § 1a GEG 1962, ergibt. Die Ermäßigungsvorschrift (auf ein Viertel des ursprünglichen

- 136 -

Ausmaßes) kommt erst dann zur Anwendung, wenn die Zustellung der Klage, des Zahlungsbefehles sowie der anderen in der Anmerkung 1 zur Tarifpost 1 angeführten Anträge an den Verfahrensgegner unterbleibt, weil der Kläger (Antragsteller) die Pauschalgebühren (Ausfertigungskosten) trotz Zustellung der Zahlungserinnerung nicht im vollen (ursprünglichen) Ausmaß entrichtet hat. Gemäß § 6 Abs.2 GEG hat der Kostenbeamte in diesem Fall mit der Erlassung des Zahlungsauftrages - der sodann auf den gemäß der Anmerkung 4 auf ein Viertel "ermäßigten" Betrag zu lauten hat - drei Monate ab Zustellung der Zahlungserinnerung zuzuwarten, weil im Regelfall erst nach Ablauf dieser Frist beurteilt werden kann, ob der Kläger (Antragsteller) an der Fortsetzung des Verfahrens interessiert ist.

Tarifpost 2 sieht eine Pauschalgebühr für das Rechtsmittelverfahren zweiter Instanz vor, die anstelle der bisherigen Einzelverrechnung (Eingabengebühren, Protokollgebühren, Entscheidungs- und Vergleichsgebühren) tritt. Anders wie bei den Pauschalgebühren für das erstinstanzliche Verfahren nach Tarifpost 1 besteht für das Verfahren zweiter Instanz zur Vermeidung allfälliger Verzögerungen durch den Rechtsmittelwerber keine Vorauszahlungspflicht, aber auch kein Anspruch auf Ermäßigung der Gebühr auf ein Viertel, wenn die Gebühr

0469C

- 137 -

nicht rechtzeitig gezahlt wird. Im übrigen ist mit der Einbringlichkeit der Gebühren für das Rechtsmittelverfahren umso eher zu rechnen, als für dieses grundsätzlich Anwaltszwang besteht.

Tarifpost 3 setzt Pauschalgebühren für das Rechtsmittelverfahren dritter Instanz fest; gebührenpflichtig sind Revisionsverfahren und Verfahren über Rekurse nach § 519 Abs.1 Z.3 ZPO. Ebenso wie für die Pauschalgebühren für das zweitinstanzliche Verfahren nach Tarifpost 2 besteht auch für das Rechtsmittelverfahren dritter Instanz keine Vorauszahlungspflicht, um Verfahrensverzögerungen aus gebührenrechtlichen Gründen zu vermeiden. Im übrigen wird auf das in Tarifpost 2 Gesagte verwiesen.

Tarifpost 4 regelt die Pauschalgebühren für alle Exekutionsverfahren. Ähnlich wie in zivilgerichtlichen Verfahren war nach der bisherigen Rechtslage jede Eingabe (Schriftsatz) und jedes Protokoll zu vergebühren; an deren Stelle tritt nunmehr eine (Pauschal-)Gebühr; weitere Einzelgebühren fallen daneben im Anwendungsbereich der Tarifpost 4 nicht mehr an, auch nicht für das Rechtsmittelverfahren.

0469C

- 138 -

Nach dem Gesetzesentwurf gilt für alle Exekutionsverfahren, die in der Tarifpost 4 lit.a genannt sind, die Vorauszahlungspflicht nach § 6; die Exekutionsverfahren auf das unbewegliche Vermögen werden hingegen von der Vorauszahlungspflicht infolge der engen Verflechtung mit dem Grundbuchsrecht ausgenommen. Jeder Exekutionsantrag, der sich auf unbewegliches Vermögen bezieht, erhält gemäß § 103 GV eine Bleistiftmarke. Die Normierung einer Vorauszahlungspflicht würde daher in diesen Fällen die Frist zwischen Setzen der Bleistiftmarke und Vornahme der Eintragung unter Umständen unzumutbar lange verzögern; darüber hinaus würden Schwierigkeiten bei der Löschung der Bleistiftmarke eintreten, wenn dem Antragsteller, der die Pauschalgebühr nicht entrichtet hat, die Zahlungserinnerung (§ 8) nicht zugestellt werden kann, etwa weil er mittlerweile unbekannt wohin verzogen ist.

Hinsichtlich der Voraussetzungen zur Anwendung der Ermäßigungsvorschrift der Anmerkung 3 wird auf das zu Anmerkung 4 zur Tarifpost 1 Gesagte verwiesen.

Tarifpost 5

Da die Fälle, in denen im Konkurs- und Ausgleichsverfahren eine Eingabengebühr zu entrichten ist, in der Tarifpost 5 (samt Anmerkungen) taxativ aufgezählt

0469C

- 139 -

sind, sind für alle anderen Eingaben (einschließlich der Eingaben im Vorverfahren nach § 79 ff AO) keine Gebühren zu entrichten.

Durch die Beseitigung der Gebührenpflicht für "sonstige Eingaben" nach lit. c zur Tarifpost 5 GJGebGes. 1962 - ausgenommen die Forderungsanmeldungen - ist es zur Vermeidung eines Gebührenausfalles nötig, die Gebührenansätze der Tarifpost 5 für Anträge eines Gläubigers auf Eröffnung des Konkurses sowie für Forderungsanmeldungen entsprechend anzuheben.

Die Anmerkung 1 tritt an die Stelle der früheren Tarifpost 6 GJGebGes. 1962.

Die in der Anmerkung 3 normierte Mithaftung dient der Sicherung des Gebührenaufkommens; diese Bestimmung ist notwendig, weil für die Eingabengebühren nach Tarifpost 5 die Vorauszahlungspflicht nach § 6 nicht besteht.

Entsprechend Anregungen des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages und der Österreichischen Notariatskammer wird die nach dem bisherigen Recht bestehende Bogengebühr beseitigt, um eine umständliche und zeitraubende Nachprüfung des Umfangs der Schriftsätze zu ersparen.

Tarifpost 6

Zur Vereinfachung der Gebührenberechnung werden im Konkurs- und Ausgleichsverfahren die Hundertsatzgebühren,

0469C

- 140 -

wie sie im GJGebGes. 1962 vorgesehen waren, durch feste Gebühren ersetzt; im übrigen entsprechen die im Entwurf angeführten Gebührentatbestände den bisherigen Regelungen. Zur besseren Übersichtlichkeit werden die im § 25 GJGebGes. 1962 enthaltenen Bestimmungen in die Anmerkung 2 zur Tarifpost 6 transferiert.

Tarifpost 7

Die Entscheidungsgebühren über den Anspruch auf Unterhalt (Tarifpost 7 lit. a) sind gegenüber dem bisherigen Recht unverändert geblieben.

Durch die Einführung einer Gebührenpflicht für Entscheidung über Unterhaltsherabsetzungsanträge wurde eine nach dem Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetz 1962 bestehende Rechtslücke geschlossen; die Höhe der Gebühr wurde aus sozialen Gründen mit 100 S bestimmt.

Im Interesse der Pflegebefohlenen und im Hinblick darauf, daß die Höhe des Einbringungserfolges in keinem Verhältnis zu dem mit der Vorschreibung und Einhebung der Gebühren verbundenen Aufwand steht, werden in den Pfllegschafts-, Sachwalterschafts- und Vormundschaftssachen die Eingabengebühren (wie sie in Tarifpost 8 des GJGebGes. 1962 vorgesehen waren) beseitigt.

Aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit wird der Inhalt des früheren § 30 Abs. 2 GJGebGes. 1962 in die Anmerkungen zur Tarifpost 7 transferiert.

0469C

- 141 -

Tarifpost 8

Zur Vereinfachung werden im Verlassenschaftsverfahren die bisherigen festen Gebühren nach Tarifpost 10 lit. a GJGebGes. 1962 sowie die Tausendsatzgebühren nach Tarifpost 10 lit. b GJGebGes. 1962 in eine Tausendsatzgebühr, die 3 v.T. des reinen Nachlaßvermögens, mindestens jedoch 200 S beträgt, zusammengefaßt.

Im übrigen entsprechen die Anmerkungen zur Tarifpost 8 im wesentlichen dem bisherigen Recht.

Tarifpost 9 regelt in lit.a die Eingabengebühr, in lit.b die Eintragungsgebühr und in lit.c die Gebühr für Grundbuchsauszüge.

Unverändert gegenüber dem bisherigen Recht bleibt die Gebührenpflicht für alle Eingaben, mit denen Eintragungen in das Grundbuch (Landtafel, Eisenbahnbuch, Bergbuch) begehrt werden; infolge des Wegfalles der Eingabengebühr für "sonstige Eingaben" (Tarifpost 11 lit. a Z. 2 GJGebGes. 1962) ist es zur Vermeidung eines Gebührenaufalles geboten, auch die Anträge im Sinn des § 4 LiegTeilG auf Einleitung des Aufforderungsverfahrens, die Anträge des Erstehers nach § 237 EO und die Rechtsmittelschriften gegen Beschlüsse des Grundbuchsgerichtes der Gebühr nach Tarifpost 9 lit. a zu unterwerfen (siehe Anmerkung 1).

0469C

- 142 -

Die in der Anmerkung 4 zur Tarifpost 9 normierte Mithaftung dient der Sicherung des Gebührenaufkommens; diese Bestimmung ist notwendig, weil für die Eingabengebühr nach Tarifpost 9 die Vorauszahlungspflicht nach § 6 nicht besteht.

Da Anträge auf Berichtigung des Grundbuches nach § 21 GUG auf Fehler des Gerichtes zurückzuführen sind, werden diese Anträge im Sinne einer Anregung der Österreichischen Notariatskammer von der Gebührenpflicht ausgenommen (siehe Anmerkung 5 lit. b).

Neu ist die Gebühr für die Eintragung des Baurechtes (§ 14 des Gesetzes vom 26. April 1912, RGBl. Nr. 86, betreffend das Baurecht); damit wird eine derzeit bestehende Lücke des Gebührenrechts geschlossen. Der Arbeitsaufwand für die Bearbeitung eines Ansuchens um bürgerliche Eintragung des Baurechtes kommt dem der Eintragung des Eigentumsrechtes jedenfalls gleich; beide Eintragungen sind einander rechtsähnlich.

Da in der Tarifpost 15 generell die Gebühren für Abschriften geregelt sind, sieht der vorliegende Gesetzesentwurf entsprechend einer Anregung der Österreichischen Notariatskammer aus Gründen der Vereinheitlichung vor, daß Abschriften aus der Urkundensammlung nunmehr nach Tarifpost 15 zu vergebühren sind.

0469C

- 143 -

Ebenso wie bei Tarifpost 5 wird die nach dem bisherigen Recht für Grundbucheingaben bestehende Bogengebühr beseitigt, um die Notwendigkeit einer Nachprüfung des Umfangs der Schriftsätze zu vermeiden.

Da die Bogengebühr als "antiquiert" anzusehen ist, knüpft die Gebührenpflicht für Grundbuchsauszüge (und Ergänzungen) nunmehr an die Seitenzahl an, wobei für Grundbuchsauszüge eine Mindestgebühr von 40 S festgesetzt wird.

Die Anmerkungen zur Tarifpost 9 entsprechen im übrigen inhaltlich im wesentlichen den bisherigen Bestimmungen (siehe Anmerkungen zur Tarifpost 11 GJGebGes.1962).

0469C

- 144 -

Tarifpost 10 behandelt die Pauschalgebühren für das Handelsregister im Abschnitt I, für das Genossenschaftsregister im Abschnitt II, für das Schiffsregister im Abschnitt III und für Registerauszüge im Abschnitt IV.

Gegenüber der bisherigen Tarifpost 12 GJGebGes.1962 ergeben sich im wesentlichen folgende Änderungen: Nach der früheren Regelung war bei Errichtung einer in- oder ausländischen Zweigniederlassung der Berechnung der Pauschalgebühr das der Zweigniederlassung zur Verfügung stehende Vermögen zugrunde zu legen (siehe Anmerkung 2 zu Tarifpost 12 GJGebGes.1962); die Ermittlung des Vermögens einer Zweigniederlassung war mit schwierigen Erhebungen verbunden. Der vorliegende Entwurf stellt nunmehr Zweigniederlassungen von Gesellschaften, bei denen die Hauptniederlassung ihren Sitz im Ausland hat, Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit gebührenrechtlich gleich. Für die Errichtung von Zweigniederlassungen, bei denen die Hauptniederlassung ihren Sitz im Inland hat, sieht der vorliegende Gesetzesentwurf feste Gebührenbeträge vor, weil die Feststellung der Höhe des Vermögens der Zweigniederlassung mit unverhältnismäßig hohen Schwierigkeiten verbunden ist.

0469C

- 145 -

Neu sind feste Gebührenbeträge für
Registereintragungen, betreffend Verschmelzungen von
Gesellschaften (Tarifpost 10 I Z.4 lit.e) sowie die
Gebührenpflicht für die Eintragungen in das
Genossenschaftsregister (siehe Tarifpost 10 II); damit
werden Lücken des Gebührenrechts geschlossen.

Für Registerauszüge (Abschriften) ist eine gleich hohe
Gebühr wie für Grundbuchsauszüge zu bezahlen; die
Bogengebühr wurde als "überholt" durch eine Seitengebühr
ersetzt.

Im übrigen entsprechen die Anmerkungen zur
Tarifpost 10 inhaltlich im wesentlichen den bisherigen
Bestimmungen (siehe Anmerkungen zu
Tarifpost 12 GJGebGes.1962).

0469C

- 146 -

Tarifpost 11 entspricht im wesentlichen den bisherigen Regelungen (siehe Tarifpost 13 GJGebGes.1962). Die in die Anmerkungen neu aufgenommenen Bestimmungen berücksichtigen die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes sowie die bisher geübte Praxis.

Danach unterliegt der Gebührenpflicht nach Tarifpost 11 lit.c Z.1 auch der in einen gerichtlichen Vergleich ausgesprochene Verzicht auf das gesetzliche Erbrecht. Wird im Zuge eines Abhandlungsverfahrens ein Erbschafts Kauf oder ein sonstiges der Formvorschrift des § 1278 ABGB unterliegendes Rechtsgeschäft beurkundet, so ist hierfür die Gebühr nach Tarifpost 11 lit.c Z.1 zu entrichten.

Unter die Gebührenpflicht nach Tarifpost 11 lit.c Z.2 fällt sowohl die Aufnahme eines vor Gericht mündlich errichteten Testamentes als auch die vom Erblasser erwirkte gerichtliche Hinterlegung eines schriftlichen Testamentes (vgl. VWGH 31.10.1969, Z.612/69, SlgNF 3979/F).

Tarifpost 12.

Gegenüber dem bisherigen Recht (Tarifpost 14 GJGebGes.1962) werden in die Tarifpost 12 die Verfahren zur Annahme an Kindesstatt, Anträge auf Feststellung der Rechtmäßigkeit gesonderter Wohnungsnahme, Verfahren nach

0469C

- 147 -

dem Notwegegesetz sowie Gesuche zwecks Erlages bei der Verwahrungsabteilung aufgenommen.

Die Gebührenansätze, die seit 1.2.1968 unverändert geblieben sind (BGBl.Nr.47/1968), sind den geänderten Verhältnisses angepaßt worden; im übrigen entspricht Tarifpost 12 inhaltlich im wesentlichen der Tarifpost 14 GJGebGes.1962 samt Anmerkungen.

Tarifpost 13 bestimmt, welche Eingabengebühren im Strafverfahren auf Grund von Privatanklagen zu entrichten sind.

Nach der bisherigen Rechtslage ist für jede Eingabe (Schriftsatz) und für jedes Protokoll über eine Verhandlung (abgestuft nach deren Dauer) sowie für Urteile eine gesonderte Gebühr zu entrichten; an deren Stelle tritt nunmehr eine Eingabengebühr, die bei Überreichung der Privatanklage zu entrichten ist. Weitere Einzelgebühren fallen daneben im Anwendungsbereich der Tarifpost 13 nicht mehr an, auch nicht für das Rechtsmittelverfahren.

Darüber hinaus wurde auch in dieser Tarifpost (ähnlich wie bei den Tarifposten 5 und 9 lit.a) die Bogengebühr beseitigt.

0469C

- 148 -

Tarifpost 14 regelt die Pauschalgebühren in Justizverwaltungsangelegenheiten. Nach dem Gesetzesentwurf treten zur Vereinfachung an die Stelle der Rahmengebühren nunmehr feste Gebührenbeträge. Neu aufgenommen wurden folgende Gebührentatbestände:

Ausstellung der Unterzeichnungsbestätigung (Apostille); Eintragung in die Sachverständigen- oder Dolmetscherliste sowie in die Liste der Verteidiger in Strafsachen.

Im übrigen entsprechen die Anmerkungen inhaltlich den bisherigen Regelungen (siehe Anmerkungen zur Tarifpost 18 GJGebGes.1962).

Tarifpost 15 enthält gemeinsame Bestimmungen über Gebühren und zwar in lit. a für Abschriften (Duplikate) und in lit. b für Amtsbestätigungen (Zeugnisse).

Neu gegenüber dem bisherigen Recht wird - aus Gründen der Vereinfachung - normiert, daß auch die erste Ausfertigung des Grundbuchsbeschlusses, die dem Bevollmächtigten (Vertreter) des Antragstellers zuzustellen ist, gebührenfrei sein soll. Darüber hinaus wird aus sozialen Gründen bestimmt, daß für Amtsbestätigungen, die in Pflegschafts-, Sachwalterschafts- und Vormundschaftssachen ausgestellt

0469C

- 149 -

werden, keine Gebühren zu entrichten sind (Anmerkung 3 lit.g); unter diese Befreiungsbestimmungen fallen aber nicht nur Amtsbestätigungen über elterliche Rechte, sondern auch solche nach § 248 Abs.3 AußStrG.

Auch für Amtsbestätigungen, die in Verlassenschaftssachen ausgestellt werden, in denen von Amts wegen keine Verlassenschaftsabhandlung stattfindet, ist eine Gebührenbefreiung neu eingeführt worden (Anmerkung 3 lit.g), weil in diesen Fällen kein nennenswertes Vermögen vorhanden ist.

Aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit wurden alle Gebühren für Abschriften in der Tarifpost 15 lit.a zusammengefaßt.

Ähnlich wie bei Tarifpost 9 lit.c wurde die bisherige "Bogengebühr" durch eine "Seitengebühr" ersetzt.

0469C

- 150 -

Zum Artikel II (Änderungen des Gerichtlichen
Einbringungsgesetzes)

Zu Z 1 (§ 1).

§ 1 enthält Bestimmungen, welche Beträge vom Gericht als Justizverwaltungsbehörde von Amts wegen einzubringen sind. Er entspricht inhaltlich im wesentlichen dem bisherigen Recht.

Zu Z.2 (§ 1a).

§ 1a normiert die Einbringung von Ausfertigungskosten durch das Gericht (als Justizverwaltungsbehörde). Unter Berücksichtigung der mit Wirkung vom 1. Feber 1984 eingetretenen Erhöhung der Postgebühren (BGBl.Nr.597/1983) sowie des Wegfalles der bisher von den beklagten Parteien in streitigen Rechtssachen entrichteten Ausfertigungskosten mußten die Ansätze des § 1a neu festgesetzt werden.

In Zivilprozessen und Exekutionsverfahren sind die Ausfertigungskosten nunmehr in allen Fällen vom Kläger allein im Rahmen seiner Vorauszahlungspflicht beizubringen.

Bei der Vorbereitung des Gesetzesvorhabens ist mehrmals die Frage aufgeworfen worden, ob bei der Pauschalierung der Gebühren noch zusätzlich zu den neuen Pauschalgebühren Ausfertigungskosten eingehoben werden müssen. Dies kann leider nicht umgangen werden, weil die Ausfertigungskosten kein Entgelt für Leistungen der

0469C

- 151 -

Justizbehörden, sondern im Justizbudget ein Durchlaufposten sind. Diese Ausfertigungskosten sind nämlich der Ersatz für die tatsächlich aufzuwendenden Portogebühren, wobei allerdings diese nicht im Einzelfall berechnet, sondern mit einem Durchschnittswert festgesetzt wurden.

Zu Z.3 (§ 2).

§ 2 regelt von wem die Kosten, die aus Amtsgeldern vorgestreckt worden sind, einzubringen sind. Wie nach dem bisherigen Recht (siehe Artikel XI Z.2 der Zivilverfahrens-Novelle 1983, BGBl.Nr.135/1983) obliegt in diesen Fällen und unter der Voraussetzung, daß der Kostenbetrag die Wertgrenze von 2.000 S nicht übersteigt, die Entscheidung, welcher Partei der Ersatz der Kosten aufzuerlegen ist, dem Kostenbeamten; hingegen ist bei Beträgen, die höher als die Wertgrenze von 2.000 S sind, ein richterlicher Grundsatzbeschuß vorgesehen.

Bei der Entscheidung nach § 2 GEG wird folgendes zu beachten sein:

Der § 40 Abs.1 ZPO ist nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes die "bestehende Vorschrift", nach der gemäß § 2 GEG die Parteien in Zivilprozessen die Kosten zu ersetzen haben. Im Regelfall wird daher der Beweisführer die Kosten zu tragen haben. In den Fällen, in denen keine der Parteien einen Antrag auf Vornahme der

0469C

- 152 -

Amtshandlung gestellt hat, wird es darauf ankommen, in wessen Interesse sie vorgenommen worden ist.

Hingegen kommt im Verfahren außer Streitsachen eine analoge Anwendung des § 40 Abs.1 ZPO nicht in Betracht. Soweit nicht für eine bestimmte Verfahrensart eine "bestehende Vorschrift" besteht, wie etwa in den §§ 111 Abs.1, § 252 AußStrG, § 20 Abs.5 BStrG 1971, § 44 EisbEG, haften daher im außerstreitigen Verfahren die Parteien nach den Grundsätzen des § 2 GEG 1962.

Neu aufgenommen wurde die Bestimmung des § 2 Abs.3. Ähnlich wie die nur für Gerichtsgebühren geltende Bestimmung des § 25 Abs.1 GJGebG 1985 normiert auch § 2 Abs.3 für Kosten, daß in den Fällen, in denen aus dem Kostenausspruch des Gerichtes nicht mit Sicherheit zu erkennen ist, in welchem Verhältnis der gebührenpflichtige Gegner der gebührenbefreiten Partei die Kosten zu ersetzen hat, die Hälfte der auf die gebührenbefreite Partei entfallenden Kosten (§ 1 Abs.5) beim gebührenpflichtigen Gegner einzuheben ist. Damit wird eine Rechtslücke geschlossen.

Zu Z.4 (§ 3).

§ 3 entspricht dem bisherigen § 3 Abs.1 des GEG 1962 (in der Fassung der Zivilverfahrens-Novelle 1983, BGBl.Nr.135). Der bisherige Absatz 2 wurde in modifizierter Form in den § 2 transferiert.

0469C

- 153 -

Zu Z.5 (§ 4).

Die in dieser Bestimmung vorgesehene Zitatänderung folgt aus der Neugestaltung des § 1.

Zu Z.6 (§ 5 Abs.2).

§ 5 Abs.2 wird der Ausdrucksweise des § 8 StVG angepaßt (Gefangenenhäuser, Strafvollzugsanstalten). Die "Arbeitsbelohnungen" heißen jetzt "Arbeitsvergütungen"; der Anspruch darauf ist gemäß § 54 Abs.7 StVG (abgesehen von der dort erwähnten Ausnahme des § 113 StVG) der Pfändung entzogen; er kann daher - mit dieser Ausnahme - auch nicht einem Zurückbehaltungsrecht unterliegen.

Zu Z.7 (§ 6).

§ 6 sieht anders als das bisherige Recht vor, daß die Zahlungsfrist von vierzehn Tagen nunmehr generell für alle Geldstrafen (auch für Ordnungs- und Mutwillensstrafen, die im Zivilverfahren ausgesprochen werden) gilt. Im übrigen entspricht § 6 Abs.1 dem bisherigen Recht.

Im Abs.2 wird eine "Sperrfrist" von drei Monaten (beginnend mit dem Zeitpunkt der Zustellung der Zahlungserinnerung) für die gemäß Anmerkung 4 zur Tarifpost 1 sowie Anmerkung 3 zu Tarifpost 4 GJGebG 1985 "ermäßigten" Gerichtsgebühren und Ausfertigungskosten eingeführt, weil im Regelfall erst nach Ablauf dieser

0469C

- 154 -

Frist angenommen werden kann, daß der Kläger (Antragsteller) an der Fortsetzung des Verfahrens nicht interessiert ist.

Zu Z.8 (§ 7).

§ 7 enthält vor allem bloß sprachliche Änderungen; darüber hinaus wurde im Abs.4 zur Verdeutlichung der Klammerausdruck "Revisor" aufgenommen und ein Gesetzeszitat der neuen Rechtslage angepaßt.

Zu Z.9 (§ 8).

Durch die Anfügung des neuen Abs.3 an den § 8 wird nunmehr klargestellt, daß grundbücherlich sichergestellte Gerichtsgebühren und Kosten erst nach 30 Jahren verjähren. Ähnliche Bestimmungen enthalten § 238 Abs.4 BAO und § 68 Abs.3 ASVG.

Zu Z.10 (§ 9).

Durch die Erhöhung der Wertgrenzen soll ein erheblicher Rationalisierungseffekt eintreten.

Zu Z.11 (§ 11).

Die Absätze 1 und 2 entsprechen im wesentlichen der bisherigen Rechtslage; im Absatz 1 wurde eine geringfügige sprachliche Veränderung vorgenommen (an die Stelle des Ausdruckes "Bundesschatzes" treten die Worte "Republik Österreich").

0469C

- 155 -

Durch die Neugestaltung des Abs.3 wurde einer Anregung des Rechnungshofes entsprochen. Bei Beträgen, in denen die Wertgrenze des Abs.3 nicht überschritten wird (Kleinbeträge), hat nunmehr aus Gründen der Verwaltungsökonomie die Erlassung eines Zahlungsauftrages zu unterbleiben.

Auch der neu eingeführte Abs.4 dient der Verwaltungsvereinfachung; bei Beträgen, die 400 S nicht übersteigen, wäre die Zustellung eines Zahlungsauftrages in das Ausland mit einem oft unverhältnismäßig hohen Kostenaufwand verbunden, während mit der Eintreibung des Betrages ohnedies kaum gerechnet werden kann.

Zu Z.12 (§ 11a).

Da die Einbringung der Gerichtsgebühren im öffentlichen Interesse liegt, sind die Verwaltungsbehörden, Gerichte und Sozialversicherungsträger zu verpflichten, den Einbringungsstellen bei Besorgung ihrer Aufgaben im Rahmen ihres sachlichen und örtlichen Zuständigkeitsbereiches Amtshilfe zu leisten. Im übrigen entspricht § 11 einer Anregung des Rechnungshofes und stellt eine korrespondierende Bestimmung zu § 360 ASVG dar.

0469C

- 156 -

Zu Z.13 (§ 12).

Die im § 12 Abs.2 vorgenommene Zitatänderung folgt aus der Wiederverlautbarung der StPO im Jahre 1975 (BGBl.Nr.631/1975).

Zu Z.14 (§ 13).

Die Zitatänderung wurde durch Einbeziehung der Ausfertigungskosten (§ 1a) dem geltenden Recht angepaßt.

0469C

- 157 -

Zum Artikel III (Änderung des
Wohnungseigentumsgesetzes 1975):

Die in dieser Bestimmung vorgesehene Änderung folgt
aus der Neugestaltung der Tarifpost 12 GJGebG 1985.

Zum Artikel IV (Inkrafttreten, Aufhebungen,
Übergangsbestimmungen, Vollziehung).

Zum § 1.

§ 1 bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses
Gesetzes mit dem 1. Jänner 1985. Alle in bisherigen
Vorschriften vorgesehenen Gebührenbefreiungen bleiben
unberührt, soweit dieses Gesetz keine andere Regelung
vorsieht.

Zum § 2.

Nach § 2 sollen die neuen Regelungen für jene
Verfahren gelten, die bei Inkrafttreten des Gesetzes noch
nicht anhängig sind. Sonderbestimmungen gelten für
Exekutionsverfahren, Pflegschafts- und
Vormundschaftssachen sowie für Verfahren über
Nichtigkeits- und Wiederaufnahmsklagen.

0469C

- 158 -

Zum § 3.

Die Vollziehungsklausel gründet sich auf das
BundesministerienG 1973.

0469C